INTERVIEW
Heiko Maas
GEGEN POPULISMUS PRO KOOPERATION
SEITE 2

ISRAEL
Jom-Kippur-Krieg
1973: AM RANDE DER KATASTROPHE
SEITE 4

ABGEHÄNGT
Deutsche Banken
RÜCKBESINNUNG NACH NIEDERGANG
SEITE 6

RELIGION
Beten um Regen
SEGEN UND HOFFNUNG
SEITE 8

JEWISH VOICE FROM GERMANY

קול יהודי מגרמניה

DEUTSCHE AUSGABE
In Zusammenarbeit mit der WELT

Oktober 2018

DEBATTE

Russland contra Israel?

Von Michael Rutz

Was für ein Drama! Mehr als eine halbe Million Tote, mehr als zehn Millionen Flüchtlinge. Längst freilich ist das kein „Bürgerkrieg“ mehr, in dem es um innersyrische „Angelegenheiten“ geht, also um die Alternativen Assad oder Demokratie, oder – so will es der IS – um einen Gottesstaat, der alles Nichtislamische ausmerzt. Wenn aber Muslime kriegerisch unterwegs sind, spielt die jahrhundertealte Feindschaft der Sunniten (Ägypten, Türkei, Qatar) gegen die Schiiten (Iran) eine wichtige Rolle, so auch hier. Und alle mischen auf dem Spielfeld mit. Weil Syrien aber auch von geostrategischem Interesse ist – am Mittelmeer zwischen den Feinden Iran und Israel gelegen – sind auch die Großmächte unweigerlich präsent: Die USA und vor allem Russland.

Russlands Absichten sind dreierlei: Erstens will es dem alten Freund Bashar al-Assad helfen, der den Russen immer schon Gastfreundschaft gewährte. Er hat ihnen in Tartus Russlands einzige und deshalb überragend wichtige Basis am Mittelmeer überlassen. Zweitens ist auch Russland von Islamisten bedroht, der IS hat Anschläge in Russland sowohl schon durchgeführt als auch neue angekündigt. Und drittens gefällt es Putin, dass alle in Nahost nun Respekt vor ihm und seinen Waffen haben.

Jetzt hat aber in „Verkettung unglücklicher Umstände“ (Putin) eine syrische Luftabwehrrakete ein russisches Transportflugzeug abgeschossen. Das passt nicht ins russische Freund-Feind-Bild, weshalb die Verantwortung Israel zugeschoben wurde, dessen Kampfflugzeuge zuvor Luftraum-Unruhe erzeugt hätten. Damit russische Truppen nicht noch einmal gefährdet werden, will Russland nun S 300-Luftabwehrraketen nach Syrien liefern. Das freilich ist nur ein Vorwand.

Ein gefährliches Spiel. Erstens multipliziert Russland damit die ohnehin schon zahlreichen Konfliktlinien in Nahost. Es provoziert künftig heißere Auseinandersetzungen zwischen Syrien und Israel, denn Israel wird diese Einschränkung seiner Lufthoheit über den Golan nicht hinnehmen.

Zweitens gibt Russland diese Waffen einer technisch schlampig ausgebildeten syrischen Armee in die Hand, durchsetzt mit oft analphabetischen Söldnern aus vielen Ländern und undurchsichtigen Kommandostrukturen. Der Missbrauch der komplexen Waffen bedeutet Gefahr. Deshalb wird, drittens, Russlands Militär in Syrien bleiben müssen, mehr, als die Flottenbasis braucht. Viertens zerstört Putin das bisher einigermaßen akzeptable Verhältnis Russlands zu Israel. Dort leben mehr als eine Million russischstämmiger Juden, der Prominenteste unter ihnen der gegenwärtige Verteidigungsminister Avigdor Lieberman. Da nach Putins Doktrin „Russland dort ist, wo die Russen sind“, hat Israel von dort nicht dieses offensive Vorgehen erwartet. Und fünftens: Russland überfordert sich selbst: wirtschaftlich schwach, von sozialen Unruhen bedroht, weil viel zu viel Geld in Machtgelüste statt in Infrastruktur und Sozialpolitik fließt.

Netanyahu wird nun von Putin beschwichtigt, sein Verteidigungsminister Schoigu gießt jedoch Öl ins Feuer. Ein in der Diplomatie nicht unübliches Good Guy-Bad Guy-Spiel, für das Israel mit seiner Verfolgungsgeschichte aber nicht zu haben sein wird. Putin wäre klug beraten, ließe er die neuen S 300 Raketen von Russen kontrollieren. ■

SCHLARAFFENLAND DEUTSCHLAND

Wikimedia / Public Domain

Lange Jahre hatte man fleißig gearbeitet, danach reichlich gegessen und getrunken. Nun möchte man ruhen. Doch die verdammte Pflicht erlaubt es nicht.

Chuzpe

Eines muss man Recep Tayyip Erdogan und Vladimir Putin lassen: Sie erweisen sich gelegentlich als lernfähig. Selbst ihr Umgang mit Chuzpe ist souverän. Das sollten wir anerkennen.

Am vertrautesten sollten Deutsche und Juden mit der Chuzpe umgehen können. Der Begriff leitet sich aus dem hebräischen Wort Chuzpa ab. Was so viel wie Frechheit beziehungsweise Anmaßung bedeutet. Demnach ist Chuzpe den Juden seit gut 3000 Jahren vertraut und den Deutschen, wo Hebräer seit etwa 1700 Jahren leben, ebenfalls lange Zeit. Tatsächlich ist die Chuzpe in den deutschen Sprachgebrauch eingegangen. Selbst die ärgsten Antisemiten zögerten nicht, sich des Wortes zu bedienen – was eine arge Chuzpe ist.

Doch im Zeitalter der Globalisierung bemächtigen sich auch der Sultan vom Bosporus und aus Ankara sowie der lupenreine Demokrat im Kreml wenn nicht des Wortes Chuzpe, so doch dessen Inhalts. Der oberste Türke nutzte seinen Staatsbesuch hierzulande, um den braven Deutschen zu demonstrieren, was Chuzpe ist. Die naiven Teutonen hatten erwartet, dass Erdogan als Bittsteller in Berlin auftreten würde. Faktisch steht die Türkei dank der zunehmend megalomanen Politik ihres Präsidenten und seiner Wähler, also der Hälfte der Bevölkerung, am Rande des Ruins. Die Lira hat fünfzig Prozent ihres Wertes eingebüßt, die Inflation galoppiert, die Wirtschaft stagniert und das Land ist aufgrund seiner Menschenrechtslage international isoliert. Die neuen Freunde aus Iran können Ankara finanziell wenig helfen, denn sie sind aufgrund ihrer enormen Rüstungsausgaben selbst fast pleite.

Also benötigt Erdogan dringend wirtschaftliche Unterstützung aus Deutschland. Als Trinkgeld entließ Erdogan zwei deutsche Journalisten aus seinen Kerkern. Das war den Berlinern nicht genug. Sie wollen zumindest weitere fünf Deutsche befreit sehen und maßten sich an, Erdogan an die Menschenrechte zu erinnern. Diese Chuzpe ließ sich der Präsident unter keinen Umständen gefallen. Er belehrte die Deutschen über die Unabhängigkeit der türkischen Justiz und forderte selbstbewusst, Ankara einige Dutzend „Terroristen“ auszuliefern, die sich in Deutschland als Journalisten ausgeben. Um den Gastgebern zu zeigen, wer Herr in ihrem Land ist, trat Erdogan bei der Eröffnung der neuen Ditib-Moschee souverän auf. Deutsche Redner waren unerwünscht. Auch wenn sie sich zuvor für den Bau eingesetzt hatten. So lehrte der Präsident die Deutschen Chuzpe. Sie werden es ihm mit neuen Hilfsmaßnahmen heimzahlen.

> **Meisterschüler Erdogan und Putin**

Auch Erdogans Amtskollege Putin versteht sich auf Chuzpe. Moskaus syrische Verbündete erwiesen sich als unfähig, russische Waffen zu handhaben, und schossen damit ausgerechnet eine russische Luftwaffenmaschine ab. Die Schuld gab man in Moskau selbstverständlich: Israel. Da halfen Premier Netanyahu keine Unschuldsbeweise und keine gutgemeinten Beteuerungen. Vladimir Putin und seine Armee beherrschen Chuzpe meisterhaft. Sie scheren sich nicht um Tatsachen, denn sie haben gelernt, was ein Sündenbock ist.

Es wird Zeit, dass sich Deutsche und Israelis auf ihr Urheberecht auf die Chuzpe besinnen, um ihren Partnern entsprechend deutlich zu antworten. ■

Jewish Voice-Marathon

Von Paul Siebel

Ein Markierfahrzeug fährt durch Berlin und pinselt blaue Striche auf die Fahrbahn. Ameisenartig stellen Männer in Warnwesten Halteverbotsschilder auf. Stadtkinder wissen, was hier passiert. Der jährliche Marathon wird vorbereitet, die Strecke markiert und Absperrgitter errichtet.

Drei Wochen später hat der Regen die Farbe weg gespült und die meisten Blessuren der Läufer sind hoffentlich auch verheilt. Das Ereignis ist vorüber.

Ein großer Berliner Radiosender hatte vor dem Marathon die Idee, mit einer Läuferstaffel aus 42 sportlichen Hörern den Weltrekord zu brechen. Einer der Rekordhalter heißt zum Beispiel Eliud Kipchoge, der Kenianer läuft die mythische Distanz knapp über zwei Stunden.

42 teils semi-professionelle Mittelstreckenläufer, gemischt mit Hobbyläufern und Teenagern, sollen zusammen das überbieten, was ein 1,67 Meter kleiner und 56 Kilo leichter großer Profisportler schafft? Dieser sportliche Zusammenhalt erinnert mich an die Arbeit in der Redaktion der *Jewish Voice*: Ein kleines Team hat eine große Aufgabe zu bewältigen.

JVG

Leichter gesagt als getan, wie sich am Tag des Wettkampfes herausstellt. Einer der Läufer hat verschlafen. Somit musste der vorherige Läufer für den Fehlenden einspringen und die doppelte Strecke rennen. Er gab alles, doch die Radiostaffel verfehlte den Weltrekord um mehr als vier Minuten. Auch unsere überschaubare Redaktion musste in dieser Ausgabe den Ausfall eines Mitarbeiters verkraften. Doch wir sind normalerweise nur zu fünft. Da fehlt ein Redakteur immens. Und ein Überschreiten des Zeitlimits darf nicht passieren. Denn der Drucktermin steht felsenfest.

Zu allem Übel habe ich mir nach Dienstschluss den Fuß geprellt und die Sehne verletzt. Ich konnte nicht gehen, doch mein Kopf ist klar. Also chauffiert mich unsere Chefin in die Redaktion. Die Zeit läuft unerbittlich – wie bei der bevorstehenden Umstellung auf die Winterzeit.

Am Ende kommt unsere *Jewish Voice*-Staffel, wie Sie sehen, rechtzeitig ins Ziel. Wir leben eben nicht im Schlaraffenland. ■

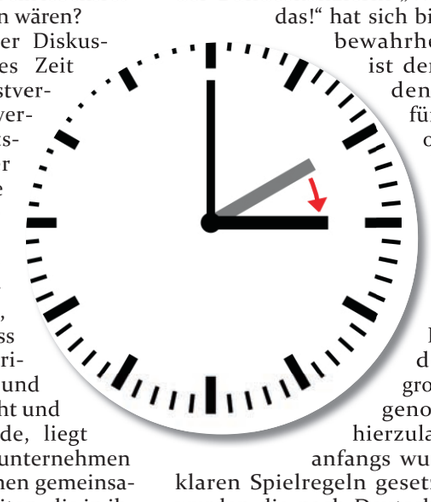
HERBST 2018

Zeit der Freiheit

Von Rafael Seligmann

Felix Germania. Unser Land hat objektiv kaum nennenswerte Sorgen. Doch was heißt schon objektiv? Die Gesellschaft schwelgt im selbst geschaffenen Wohlstand und gibt sich leicht erregbar. Man diskutiert eifrig und beteiligte sich – als einziges EU-Land millionenfach – an der unwichtigsten Frage der Welt: jener nach der Notwendigkeit einer Zeitumstellung.

Während zehntausend Patienten der Tod droht, diskutieren Politiker, Theologen und Wichtigtuer, ob die Widerspruchlösung statthaft ist – wie mögen die Klugredner und Mahner argumentieren, wenn sie selbst auf ein lebensrettendes Organ angewiesen wären?



Während man mit der Diskussion über Redundantes Zeit verschwätzt oder Selbstverständliches zerredet, werden wichtige Zukunftsfragen verkürzt oder gar nicht erörtert. Wie kann die Europäische Union dazu beitragen, den spontan-unsinnigen Beschluss der Briten, die EU zu verlassen, zu revidieren? Denn dass die Union ohne Großbritannien an politischem und wirtschaftlichem Gewicht und Einfluss verlieren würde, liegt auf der Hand. Warum unternehmen die Mitgliedsländer keinen gemeinsamen Kraftakt, um die Briten, die in ihrer Mehrheit eingesehen haben, dass die Brexit-Entscheidung so nützlich war wie ein durchgebrochener Blinddarm, wieder zurück in das europäische Boot zu holen?

Es ist bekannt, dass US-Präsident Trump gelegentlich erratisch handelt. Doch das bedeutet keineswegs, dass er mit jeder Feststellung und Handlung im Unrecht wäre. Etwa mit der Mahnung, dass die Militärausgaben Europas, besonders Deutschlands, seit Jahren zu niedrig sind. Die Unterstützung armer Länder ist notwendig und achtenswert, doch sie ist keineswegs ein Ersatz für vermehrte materielle Anstrengungen, um Europa wieder glaubwürdig verteidigungsfähig zu machen.

Mentale Voraussetzung hierfür ist das Bewusstsein der Bürger – auch der Jüngeren – für die Notwendigkeit einer Aufgabe für die Gemeinschaft. Einerlei, ob Wehrdienst oder soziales Jahr. Ein entsprechender Vorschlag von CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer wurde als Pausenfüller während des nachrichtenarmen Sommers abgetan.

Der deutsche Herbst 2018 gleicht einem Schlaraffenland. Er zeichnet sich durch Trägheit aus. So droht die Bewahrung des Status quo in politischer Ohnmacht zu münden. Die deutsche Gesellschaft ist voller guter Vorsätze. Frieden, Wohlstand, Bequemlichkeit. Dagegen lässt sich nichts sagen. Nur, es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Geschichte lehrt, dass es diese bösen Nachbarn stets gab. Nicht jeder beschäftigt sich gerne mit der ollen Zeit. Doch ein Blick in die Gegenwart beweist, dass friedfertige Absichten alleine nicht ausreichen, um Aggressionen zu verhindern.

In Syrien wurde im Vernichtungskrieg Assads während der vergangenen Jahre eine halbe Million Menschen, darunter Frauen und Kinder, umgebracht. Die halbe Bevölkerung des Landes ist auf der Flucht. Die Demokratien, unter ihnen Deutschland, sahen zu – und leisteten humanitäre Hilfe. Bis 2015 die Bundesregierung die Pforten für die Flüchtlinge öffnete. Zunächst hieß es, nun würden die dringend gebrauchten Ärzte und Ingenieure ins Land kommen. Es war weitgehend anders.

Die damalige zuversichtliche Parole der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ hat sich bislang nicht bewahrheitet. Dies ist der entscheidende Grund für die Erosion von Merkels Macht sowie den parallelen Aufstieg der AfD.

Nirgends wurden die Flüchtlinge dermaßen großmütig aufgenommen wie hierzulande. Doch anfangs wurden keine klaren Spielregeln gesetzt. Warum wurden die nach Deutschland Kommenden nicht registriert? Weshalb wurden die Migranten nicht klar angewiesen, sich an die Gesetze Deutschlands zu halten? Weshalb hat man die deutsche Bevölkerung nicht von Anbeginn auf die Belastungen durch die Zuwanderer hingewiesen? Warum wurden Personen, deren Asylanträge als unbegründet zurückgewiesen wurden sowie Straftäter und Gefährder nicht ausgewiesen?

Deutschland wird nicht darum herumkommen, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen. Ein Vertrag, der eine nukleare Aufrüstung Irans verhindert, ist im Interesse Deutschlands, Europas und nicht zuletzt der Länder des Nahen Ostens. Doch ein solches Abkommen macht nur dann Sinn, wenn es das Existenzrecht aller Staaten, einschließlich Israels zur Grundlage hat. Verzichtet man darauf, dann lädt man Teheran geradezu dazu ein, seine Expansions- und Bedrohungspolitik mit anderen Mitteln fortzusetzen. Diese notwendige Ergänzung durchzusetzen, wird nicht einfach sein, doch es ist unumgänglich. Wir werden unseren Wohlstand und unsere Sicherheit nur beibehalten, wenn wir national und global auf die Einhaltung der freiheitlichen Regeln bestehen. Die Alternative wäre eine Beschwichtigungspolitik, die scheitern muss. Das vor 80 Jahren geschlossene Münchner Abkommen, das die Tschechoslowakei preisgab und damit Hitler zur Fortsetzung seiner Aggression ermutigte, sollte uns warnen. ■

Münchner Konferenz 1938: Chamberlain, Daladier, Hitler, Mussolini, Ciano

Rutz (Privat), JVG, Tomarkin Yigal / Government Press Office Israel, Wikimedia / Bundesarchiv / Bild 183-R69173 / CC-BY-SA 3.0 / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en , JVG
Rutz (Privat), JVG, Tomarkin Yigal / Government Press Office Israel, Wikimedia / Dontworry / (CC BY 3.0) / https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de, Public Domain(2), Wikimedia / Public Domain

HEIKO MAAS

Besser eine nicht perfekte Vereinbarung als gar keine

Der Außenminister über Israels Sicherheit, das Abkommen mit Iran und die Notwendigkeit von Zuversicht

Was ist in die deutschen Musterdemokraten gefahren, dass sie plötzlich Angst vor den Rechtsextremen haben, dass sie resignieren, oder im schlimmsten Fall mitmarschieren...

Einige haben sich viel zu lange in der vermeintlichen Selbstverständlichkeit gewiegt, dass es in Deutschland keinen Rassismus und Antisemitismus in ernst zu nehmendem Umfang gäbe. Gerade auch durch soziale Medien und Netzwerke sehen wir heute genauer, was leider die Realität in diesem Land ist. Das war lange kein Thema, weil sich die Debatte in Deutschland in den letzten Jahren sehr stark auf das rein Materielle konzentriert hat. Wir müssen uns aber ganz dringend um die Werte kümmern, die uns ausmachen und das Leben hier zu einem guten machen: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind nicht einfach so da – wir müssen sie gemeinsam erarbeiten und dafür eintreten.

Sie fordern, man soll sich von der Couch erheben und laut werden – was heißt das konkret?

Jeder kann etwas tun. Rassismus und Antisemitismus findet oftmals im Alltag statt, zuhause, während der Arbeit, in der Bahn, auf dem Fußballplatz. Jeder muss sich entscheiden: Entweder man tut so, als ob man es nicht hört und schaut weg oder man macht den Mund auf. Oft reicht es schon zu fragen, warum sagst Du das, und zu zeigen, dass man damit nicht übereinstimmt. Wir sind alle gefordert, Haltung zu zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – so schwer ist das gar nicht.

Bei Ihrem Besuch in Auschwitz im August sagten Sie, hier muss man sich entscheiden zwischen Resignation, Hoffnungslosigkeit, oder aber man gewinnt Hoffnung und Kraft...

Auf den ersten Blick ist es paradox, aber wenn man an dem, wie ich finde, schrecklichsten Ort der Welt, sieht, was dort geschehen ist, dann wird man sehr still. Wir dürfen aber nicht still bleiben. Gerade aus der Beschäftigung mit unserer Geschichte muss die Kraft erwachsen, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, dass dies nie wieder geschieht. Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Das betrifft aber auch jeden einzelnen. Es beginnt im Alltag. Da geht es darum, den Mund aufzumachen, Gesicht zu zeigen, aufzustehen und sich eben nicht wegzuducken.

AfD-Chef Gauland sagte am Wahlabend, wir werden die Regierung jagen. Das tun er und seine Partei auch ... Die AfD hat kein Programm, sagt nichts zu Renten, zur digitalen Arbeitswelt... Was machen die Demokraten falsch und speziell die SPD, dass diese lächerliche Partei mit Nullprogramm ohne charismatische Persönlichkeiten zunehmend Erfolg hat?

Was in Chemnitz geschehen ist, zeigt ja auf erschreckende Weise, wo das hinführt mit dem Jagen. Und die Frage, wes' Geistes Kind solche rechtsradikalen Stimmen sind, kann sich jeder selbst beantworten. Diese Rhetorik ist ein Brandbeschleuniger: Hemmschwellen sinken, es werden immer mehr Dinge ausgesprochen und salonfähig gemacht, die man sich früher kaum hätte vorstellen können. Dabei wird alles an Ängsten, Schwächen und Ressentiments ausgenutzt, was es in unserer Gesellschaft gibt. Im Moment gibt es im Zusammenhang mit der Migration viele Sorgen und Fragen, die die Populisten für sich ausschlachten. Wer verantwortungsvolle Politik macht, darf aber eben nicht über jedes Stöckchen springen, das einem die diese Partei hinhält. Denn sie lebt von der Provokation, davon, dass sie versuchen, durch Eskalation unsere Gesellschaft zu spalten. Je sachlicher wir mit rechtpopulistischen Parteien umgehen, desto klarer wird, dass dahinter kein Politikkonzept steckt.

Die SPD ist im Sinken begriffen... in Bayern sind die Grünen vorbeigezogen... Was können die Sozialdemokraten tun, um beim Wähler wieder als die große alte demokratische Partei anerkannt zu werden?

Die SPD steht wie keine andere Partei in Deutschland für den Zusammenhalt, sie spricht viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen an. Wir werden uns bei unterschiedlichen Themen sehr klar und deutlich positionieren. Wenn wir in einzelnen Fragen erkennbar Stellung beziehen, aber aus der Gesamtschau aller Positionen als Partei für die Mitte wählbar bleiben, dann wird die SPD auch wieder deutlich mehr Zustimmung bei Wahlen erzielen können.

Chemnitz wäre die Gelegenheit für alle Demokraten gewesen, Fahne zu zeigen... Es hat lange gedauert, bis mit Frau Giffey eine SPD-Ministerin dort war. Verschläft man da nicht Gelegenheiten, für diese Entschiedenheit einzustehen?

> Wir brauchen das Gegenteil von Populismus und Nationalismus. Wir brauchen internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Regeln, an die sich alle halten

Ich finde es richtig, dass meine Kollegin in Chemnitz war. Im Übrigen: Wir dürfen weder in Chemnitz noch an irgendeinem anderen Ort die Gelegenheit verstreichen lassen, um für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland einzutreten. Wenn sich jeder dafür einsetzt – ob in Berlin, Hamburg, München, Saarbrücken, Schwerin oder Erfurt, wo auch immer, dann wären wir ein gutes Stück weiter.

Der Populismus nimmt weltweit zu, Philippinen, Russland, USA, Türkei, Ungarn... Wieso spricht man von Populismus und sagt nicht nationaler Egoismus, Chauvinismus, übersteigerter Nationalismus allemal...

Das stimmt! Ich nenne Populismus und Nationalismus oft in einem Atemzug. Der Populismus ist ein nationaler, einer der auf Abschottung setzt, auf Ausgrenzung und damit das Gegenteil von dem, was die Herausforderungen der gegenwärtigen Zeit uns aufgeben. Wir werden unsere Probleme, wirtschaftlich, sozial, klimapolitisch, sicherheitspolitisch, migrationspolitisch nicht alleine lösen können. Kein einziges Land in Europa, kein großes und kein kleines, wird diese Probleme allein lösen können – das können wir nur gemeinsam. Deshalb brauchen wir das Gegenteil von Populismus und Nationalismus, wir brauchen internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Regeln, an die sich alle halten.

Was sind die Hauptsäulen der von Ihnen eingeforderten „balancierten Partnerschaft“ zwischen Europa und den USA?

Der Hauptaspekt besteht darin, dass wir in Europa mehr Verantwortung übernehmen müssen. Denn nur so werden wir auch unsere Interessen und unsere Werte dort, wo ein Präsident Trump bisher gemeinsame Wege verlässt und eine Lücke hinterlässt, wahren können. Das kann nur gemeinsam gelingen. Unsere Antwort auf ‚America first‘ kann nur ‚Europe united‘ lauten.

Welche Perspektiven hat das deutsch-israelische Verhältnis?

Das deutsch-israelische Verhältnis wird immer ein ganz besonderes sein – wirklich einzigartig in unseren internationalen Beziehungen. Nicht nur aus unserer Geschichte heraus, ist ganz klar: die Existenz und die Sicherheit Israels wird immer zur deutschen Staatsraison gehören.

> Ganz klar: Die Existenz und die Sicherheit Israels wird immer zur deutschen Staatsraison gehören

Israel ist objektiv durch den Iran bedroht. Mit seinen arabischen Nachbarn lebt Israel de facto in Frieden – Ausnahme Syrien. Mich irritiert und besorgt, dass 2015 ein Abkommen mit Iran geschlossen wurde, das rein technischer Natur ist. Wäre es nicht angebracht gewesen, dass Deutschland mit seinen besonderen Beziehungen zu Israel sagt, wir möchten, dass das Existenzrecht aller Staaten in der Region, also auch Israels, betont wird? Kann Deutschland heute, da der Vertrag sowieso von den USA gekündigt wurde, nicht diesen Punkt wieder einführen?

Vergessen Sie nicht: Es ging damals in den Verhandlungen um die Einhegung einer akuten nuklearen Krise. Die Bundesregierung ist der Auffassung gewesen, dass die Tatsache, dass der Iran keine Nuklearmacht wird, nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch die Israels erhöht. Deshalb haben wir entschieden, die Vereinbarung mitzutragen.

Sollte man gegenwärtig nicht öffentlich einbringen, dass der Punkt des Existenzrechts entscheidend ist?

Die Bundesregierung spricht das Existenzrecht Israels in all ihren Kontakten mit Iran immer wieder und auf allen Ebenen an. Es wäre aber nicht aufrichtig, wenn man etwas tut, von dem man weiß, dass es in der jetzigen Lage keine Aussicht auf Erfolg hat. Bei der Vereinbarung geht es aber im Moment darum, ob sie überhaupt noch eine Perspektive hat – und darum, den Iran nach dem Ausstieg der USA in der Vereinbarung zu halten und eine neue nukleare Eskalationsspirale zu verhindern.

Gerade jemand, der so vergangenheitsbewusst ist wie Sie, will einen Staat weiter machen lassen, der öffentlich und unverschämt die Zerstörung des Staates Israel verkündet? Eine Ausnahmesituation ist akzeptiert worden, aber diese ist unmenschlich und politisch gefährlich...

Ich kann und werde die Entscheidung, wie sie getroffen worden ist, nicht revidieren. Mir macht eher Sorgen, dass die Lage weiter eskalieren könnte, sollte es kein Nuklearabkommen mehr geben. Das Abkommen ist nicht perfekt, aber wir müssen alles tun, um eine dramatische Zuspitzung der Lage zu verhindern.

Der eine Part sagt, ich benutze keine Maschinenpistole, aber ich möchte dich dennoch umbringen... Das empört mich und hat auch eine verheerende politische Wirkung. Iran hat die frei werdenden Gelder für seine Expansion in Syrien und Irak genutzt und sich an der Grenze Israels etabliert...

Ich plädiere in Abwägung dafür, die Voraussetzung zu schaffen, dass Waffen nicht entwickelt werden. Das gilt übrigens umso mehr ein Staat an verbaler Radikalität äußert.

Wenn's nur verbal wäre ... Iran geht in Eroberung und Bedrohung offensiv vor...

Das ist ein Thema, mit dem wir uns gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien sehr intensiv auseinandersetzen, auch wegen der Rolle Irans in Syrien oder in Jemen. Das gilt genauso für das ballistische Raketenprogramm Irans, das hochproblematisch ist.

Der Iran und der jüdische Staat hatten in der Vergangenheit immer gute Beziehungen. Es gibt keine gemeinsame Grenze, kein Flüchtlingsproblem. Es geht Teheran allein um ein Vehikel, um in der islamischen Welt Macht und Ansehen zu gewinnen. Ich meine, dass ein globaler Druck Iran vielleicht bewegen könnte, die Existenz aller Staaten zu akzeptieren.

Ehrlich gesagt, wenn überhaupt Gespräche geführt würden, wie realistisch ist es in der gegenwärtigen Situation, solche Vereinbarungen zu erzielen?

Düstere Aussichten...

Hoffe ich nicht... Das, was der Iran tut, ist auch aus unserer Sicht völlig inakzeptabel, in Syrien und auch beim Raketenprogramm. Aber die Entwicklung eines militärisch genutzten Nuklearprogramms wäre eine Eskalationsstufe weit darüber hinaus. Den Iran dazu zu bewegen, zumindest das einmal einzustellen, ist besser als gar nichts. Da ist diese nicht perfekte Vereinbarung besser als gar keine Vereinbarung.

Bei Ihrem Besuch in Israel im Frühjahr dieses Jahres haben Sie auch mit Überlebenden gesprochen. Wie kann man die Sensibilität dieser persönlichen Geste bewahren? Wie kann man die deutsch-israelischen Beziehungen fördern und was kann das Auswärtige Amt hierbei leisten?

Wegen des besonderen Verhältnisses ist es wichtig, dass es solche symbolischen Gesten gibt, gerade auch von Deutschland aus. Auf der anderen Seite möchte ich mit Israel in der inhaltlichen Arbeit die diplomatischen Beziehungen vertiefen, ebenso die Zusammenarbeit in Justizfragen, die wirtschaftliche Kooperation, so dass die Bande zwischen unseren Staaten über ganz konkrete und nüchterne Sacharbeit immer weiter gestärkt werden.

Am Ende Ihres Buches Aufstehen statt wegducken *bezeichnen Sie Deutschland als Land der Pessimisten. Gleichzeitig fordern Sie Selbstvertrauen. Wie passt das zusammen?*

Durch Zuversicht. Auch politisch Verantwortliche müssen Zuversicht haben. Viele in unseren Gesellschaften sind tief verunsichert durch die Globalisierung. Aber: Selbstvertrauen und Zuversicht sind Voraussetzungen dafür, Pessimismus und Angst zu überwinden. Mal unabhängig von politischen Positionen ist für diejenigen, die für ein Land Entscheidungen treffen, auch für einen Außenminister, der Deutschland in der Welt vertritt, ganz wichtig, das Land in der Welt mit Zuversicht zu vertreten. Das wirkt auch zurück nach Deutschland. ■

Bundesaußenminister Heiko Maas sprach mit den JVG-Redakteuren Elisabeth Neu und Rafael Seligmann im Auswärtigen Amt

JVG (3)

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER

Aufstehen? Streiten müssen wir!

CDU-Generalsekretärin fordert politische Verantwortungsträger und engagierte Demokraten

Die Republik ist in Wallung. Hass und Hetze bestimmen nicht nur soziale Medien. Auch auf der Straße erleben wir, dass gegen Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe gehetzt wird, dass jüdische Restaurants beschädigt, Jüdinnen und Juden angegriffen werden. Wir sehen den Hitler-Gruß auf offener Straße, hören Parolen aus dunkelster Zeit und Aufrufe zur Gewalt. Polizistinnen und Polizisten werden attackiert, Gewaltphantasien fluten die Posteingänge von Abgeordneten, Antisemitismus und Ausländerhass finden ihren Weg direkt in den Deutschen Bundestag und in viele weitere Parlamente.

Das alles – und noch viel mehr – ist abstoßend, widerlich und geschichtsvergessen. Und all das stößt – völlig zu Recht – auf Empörung, Widerspruch und Widerstand. Allerorten heißt es, jetzt sei die Zeit aufzustehen. Stopp-Schilder werden im öffentlichen Raum aufgestellt, rote Karten werden gezückt und Platzverweise werden ausgesprochen – nach dem Motto: Fremdenhass und Antisemitismus haben in unserem Land keinen Platz. So weit, so gut. Wer möge da widersprechen?

Im Plenum disputieren die Parlamentarier, in der Kuppel wandelt das Volk

33834849300_c2f558f4d9_o / Tobias Nordhausen / Flickr / Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/

Keine Frage: Eine freie Gesellschaft, für die Verantwortung, Respekt und Anstand im Umgang miteinander ein Wert an sich ist, kann nicht teilnahmslos und gleichgültig angesichts einer solchen Verrohung sein. Dennoch habe ich meine Zweifel, ob der Appell zum zivilen Widerstand eine hinreichende Antwort ist. Vor allem aber beschleichen mich Zweifel, wenn manche Appelle paternalistisch und oberlehrerhaft daherkommen. Ich zumindest habe noch im Ohr, dass sich die Bürgerinnen und Bürger „aus ihrer Bequemlichkeit herausbegeben“ sollten. Kann das tatsächlich die Antwort politischer Verantwortungsträger sein? Kann das Abschieben von Verantwortung an eine wie auch immer geartete Zivilbevölkerung tatsächlich die Handlungsmaxime derjenigen sein, die sich um ein Mandat für konkretes politisches Handeln beworben haben?

Ich glaube, das ist eindeutig zu wenig. Politische Verantwortungsträger müssen in meinen Augen eine zweifache Antwort geben. Die erste Antwort ist die des handlungsfähigen, durchsetzungsstarken und konsequenten Rechtsstaates. Dort, wo Straftaten verübt werden, braucht es nicht nur den Aufstand der Anständigen – der sicher nicht schaden kann –, da braucht es zuallererst eine schlagkräftige Polizei, zügig ermittelnde Staatsanwälte und klare Urteile durch Gerichte. Und wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer ganzen Bandbreite an Straftaten: Üble Nachrede, Zeigen des Hitler-Grußes, Sachbeschädigung, Gewaltanwendung, Störung des öffentlichen Friedens, Aufrufen zur und Androhung von Gewalt, Leugnung der Schoa, Volksverhetzung, Nötigung und vieles mehr. Hier geht es nicht nur um unser Verständnis eines respektvollen und zivilen Umgangs, hier setzt das Strafrecht eine klare und nicht tolerierbare Grenze. Die Aufgabe des Rechtsstaates ist es, diese Grenze mit Konsequenz und Härte zu ziehen.

Sichtbares Auftreten des Rechtsstaats

Damit der Rechtsstaat allerdings diese essentielle Aufgabe wahrnehmen kann, braucht er die personellen Ressourcen und auch alle nötigen rechtlichen Mittel. Warum beispielsweise entsenden wir nicht bei bestimmten Aufmärschen direkt Staatsanwälte in das Zentrum des Geschehens, die unmittelbare Straftaten identifizieren und entsprechende Maßnahmen durch die Polizeikräfte einleiten können? Ein solch sichtbares Auftreten des Rechtsstaates würde das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit stärken. Das bedeutet aber auch, dass sich politische Verantwortungsträger konsequent die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden auf die Fahne schreiben und das dann auch mit Geld in Personal und Ausrüstung sicherstellen müssen. Es kann nicht sein, dass Politiker an die Zivilgesellschaft appellieren, und dann, wenn es drauf ankommt, nicht ausreichend zu Polizistinnen und Polizisten wie auch allen anderen Sicherheitsbehörden stehen. Oberstes Prinzip muss sein: Straftaten brauchen die unmissverständliche, konsequente und harte Antwort des Rechtsstaates. Und damit ich nicht missverstanden werde: Das gilt unabhängig von der Frage, welche Motive einer Straftat zugrunde liegen oder von wem die Straftat begangen wird.

> Wer Hass mit Hass bekämpft, begibt sich auf das Spielfeld der Hetzer – er wird dieses Spiel verlieren

Die zweite Antwort eines Politikers muss sein, dass wir endlich wieder den demokratischen Streit pflegen und wertschätzen. Und zu diesem demokratischen Streit gehört das Aushalten anderer Meinungen, gehört ein respektvoller Umgang mit Andersdenkenden, gehört Anstand in der Diskussion und die Wertschätzung des Kompromisses als Königsdisziplin der Demokratie in einer freien und offenen Gesellschaft. Viele Debatten in unserem Land kranken daran, dass nur noch extreme oder vereinfachende Meinungen zu Wort kommen: Alle Sachsen sollen Nazis sein; alle Asylbewerber sollen kriminell sein; wer sich gegen Linksextremismus äußert, landet in der rechten Ecke; wer militärische Verantwortung nicht per se ausschließt, ist sofort ein Kriegstreiber. Die Meinung Andersdenkender wird diffamiert oder ins Lächerliche gezogen, abwägende Zwischentöne werden übertönt vom Gebrüll der Vereinfacher, Rechthaber und Besserwisser. In einer solchen Debattenkultur haben es Hass, Hetze, Fundamentalismus und Extremismus leicht – gleich welcher Couleur oder politischer Farbenlehre. Wer meint, Hass mit Hass bekämpfen zu können, der hat sich schon längst aufs Spielfeld der Hetzer begeben; und er wird dieses Spiel verlieren.

Die Antwort der Demokraten und vor allem der Politiker muss sein, Streit auszuhalten und ihn auch wirklich zu führen. Wir müssen lernen, aus der Empörungsspirale herauszukommen – auf allen Seiten. Streit ist etwas anderes als wohlfeile Empörung. Denn Empörung bleibt bei sich stehen; Empörung ist wie eine wohlig weiche Wolldecke, mit der ich mich in meine bequeme Weltsicht zurückziehen kann. Streit hingegen führt mich heraus aus der Komfortzone, Streit ist anstrengend. Aber Streit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir die Fragen unserer Gesellschaft miteinander aushandeln. Denn Streit funktioniert nicht alleine.

Hierbei haben die politischen Kräfte der demokratischen Mitte eine besondere Verantwortung.

JVG

Wir sind es, die mit gutem Beispiel vorangehen müssen; das heißt konkret: Fakten statt Emotionen; Differenzierung statt platter Vereinfachung; Respekt vor der anderen Meinung statt Niederbrüllen und Diffamieren des Gegenüber. Und durchaus auch mal Zeit zum Nachdenken und Abwägen. Nein, ich will mir den Glauben an die Stärke des Arguments nicht nehmen lassen. Denn nur so kann Demokratie funktionieren.

Ich habe größten Respekt vor all jenen in unserem Land, die aufstehen, die sich engagieren, die gegen Hass und Hetze auf die Straße gehen. Sie verdienen alle unsere Unterstützung – ob beim Protest gegen Rechtsextremismus, beim Kampf gegen Antisemitismus, beim Engagement gegen Homophobie oder beim Einsatz gegen linksextreme Gewalttaten. Ziviles Engagement gehört zu unserer Demokratie. Demokratie braucht engagierte Demokraten. Aber ich bleibe dabei: Politische Verantwortungsträger stehen noch mehr in der Pflicht. ■

ADVERTORIAL

Wir leben und lieben Vielfalt

Coca-Cola und Diversity

Für ein Unternehmen, das in mehr als 200 Ländern der Erde vertreten ist, gehört es selbstverständlich zum Alltag, die Diversität seiner Mitarbeiter zu schätzen. Wir leben und lieben Vielfalt. Coca-Cola hat seine Werbung immer wieder genutzt, um Vorurteile zu hinterfragen und Rollen neu zu definieren. Doch nicht nur Plakatmotive und Spots, die uns heute selbstverständlich erscheinen, waren ihrer Zeit voraus. Sie sind gelebte Unternehmenskultur.

Alle Menschen sind gleich: In den 60er Jahren ein klares Statement gegen Rassentrennung

Eine starke Pionierin

Mary Alexander schreibt zusammen mit Coca-Cola 1955 Geschichte als eine der ersten afroamerikanischen Frauen in der Printwerbung. Nach ihrer Modelkarriere ist sie Vorreiterin für afroamerikanische Frauen: als Lehrerin, als Rektorin einer Highschool und später als staatliche Bildungsbeauftragte.

Haltung bekennt Coca-Cola auch mit der symbolträchtigen Print-Anzeige „Boys on a Bench“ im Jahr 1969: Jugendliche mit heller und dunkler Hautfarbe sitzen eng nebeneinander auf einer Bank, lachen miteinander und trinken Coca-Cola. Die Kampagne trifft während der Bürgerrechtsbewegung in den USA genau den Nerv der Zeit.

Starke Frauen: Schon immer Teil der Firmenkultur

Auch Männer dürfen sexy sein

Mitte der 90er Jahre stellt die Coca-Cola light Werbung Geschlechter-Klischees auf den Kopf. Ein athletischer Bauarbeiter verdreht Büroangestellten den Kopf. Erfolgreich arbeitende Frauen, die einen attraktiven Mann anschmachten – das ist neu. 2017 lässt ein Pool Boy die Herzen von Frauen und Männern höherschlagen und zeigt: Sexualität ist non-konform.

Ein Regenbogen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz

Seit 2014 gibt es bei Coca-Cola in Deutschland das Rainbow-Network. Es bietet eine Plattform des Austauschs für lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Kollegen (LGBTI*) und unterstützt die Kultur der Vielfalt, des Respekts und der Akzeptanz.

Flagge zeigen: Mitglieder des Rainbow-Netzwerks vor dem Berliner Büro

Vereinbarkeit von Job und Familie

Chancengleichheit am Arbeitsplatz hängt oft davon ab, ob ein Unternehmen flexible Arbeitszeitmodelle unterstützt – für Männer und Frauen. Unser Ansatz für mehr Vereinbarkeit: Kolleginnen arbeiten im Tandem auf Führungspositionen, es gibt Büros mit Kinderspielecke falls die Kita mal zu ist, Homeoffice-Tage nach Bedarf und in Berlin kooperieren wir mit einem Coworking-Space mit Kinderbetreuung.

Leitkultur: Diversität

Coca-Cola war schon immer ein multinationales Unternehmen. Alleine im Headquarter in Berlin arbeiten Kollegen aus fast 20 verschiedenen Nationen, im Unternehmen deutschlandweit aus über 60. Jeder bringt seine Kultur und seine Werte ein – und genau das macht die Zusammenarbeit so erfolgreich. ■

Rollentausch: Der Mann als Objekt der Begierde berufstätiger Frauen

Coca Cola (4)

JOM-KIPPUR-KRIEG 1973

Eine Lehre für Israels Überleben

Vor 45 Jahren stand Zion vor der Katastrophe

Nach anfänglichen Rückschlägen überqueren israelische Panzer den Suezkanal

Ron Ilan / Government Press Office Israel

Von Rafael Seligmann

Heute vor 45 Jahren, an Jom Kippur um 14 Uhr, griffen die Armeen Syriens und Ägyptens simultan israelische Stellungen am Suezkanal und auf den Golanhöhen an. Damit begann der Jom-Kippur- oder Oktoberkrieg. Der Waffengang wurde, abgesehen vom Unabhängigkeitskrieg (1948-49), zum verlustreichsten Kampf der Geschichte Israels. In dem dreiwöchigen Krieg fielen 3000 israelische Soldaten, mehrere Tausend gerieten in Kriegsgefangenschaft, viele von ihnen wurden gefoltert, misshandelt, manche kamen dabei um. Setzt man die Verluste in Relation zur Bevölkerungszahl, fielen während des Oktobers 1973 vier Mal so viele Israelis wie US-Amerikaner im jahrelangen Vietnamkrieg. In der Folge mussten der israelische Generalstabschef David Elazar, der Chef des militärischen Geheimdienstes Eli Zeira, Verteidigungsminister Moshe Dayan und schließlich auch Premierministerin Golda Meir zurücktreten. Der Waffengang verursachte ein nationales Trauma, von dem die Gesellschaft des jüdischen Staates bis heute nicht genesen ist.

Einen Krieg verstehen heißt nicht, mit Zinnsoldaten, topographischen Modellen oder heutzutage mit Computeranimationen Schlachten zu rekonstruieren, sondern die politisch-strategische Bedeutung des Waffenganges zu analysieren. Hier hat uns der preußische Militärphilosoph Carl von Clausewitz (1780-1831) mit seinem genialen Werk *Vom Kriege* ein bis heute gültiges analytisches Instrumentarium an die Hand gegeben, um Kriege zu bewerten. Der Kern der Philosophie Clausewitz' ist zusammengefasst in der Aussage: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Kaum ein Satz auf der politisch-strategischen Ebene ist dermaßen oft verfälscht, vor allem aber missverstanden worden. Clausewitz hat damit unzweideutig den Primat der Politik betont – und dies mehrmals hervorgehoben. Dies bedeutet, das bloße Militärische, der Sieg auf dem Schlachtfeld, ist zweitrangig. Entscheidend ist, wie die Politik das militärische Geschehen bewertet. Im Oktoberkrieg aber hat keiner die politischen Dimensionen des Waffenganges dermaßen gut durchdacht und nervenstark durchgesetzt wie Ägyptens Präsident Anwar al-Sadat. Dieses tiefe politisch-militärische Verständnis fehlte auf israelischer Seite. Dies ist erstaunlich, da der ehemalige Generalstabschef Moshe Dayan in Israel und in aller Welt als herausragender Feldherr und gewiefter Politiker anerkannt war. Vor und während des Krieges unterliefen Dayan und seiner Regierungschefin Golda Meir jedoch gravierende politische und militärische Fehlbewertungen und -entscheidungen. So dass am Ende der Gefechte Israel, trotz seiner militärischen Erfolge, der politische Verlierer war, während vor allem Ägyptens Präsident Sadat trotz der Niederlage seiner Armeen triumphierte.

Wie konnte es soweit kommen – und was können wir heute daraus lernen? Die Ursachen des Jom-Kippur-Krieges lagen im vorangegangenen Sechstagekrieg von 1967. Binnen weniger Tage war es damals der israelischen Armee gelungen, die verbündeten Streitkräfte Syriens, Ägyptens und Jordaniens entscheidend zu schlagen. Zions Truppen besetzten den Sinai, die Golanhöhen und das Westjordanland. Die israelische Armee stand am Suezkanal, auf dem Golan-Hochplateau, weniger als 50 Kilometer von Damaskus und am Jordan. Israel war „siegestrunken", so Staatsgründer David Ben-Gurion. Diese Haltung teilten auch Regierung und Armeeführung. Verteidigungsminister Dayan nannte den Suezkanal den „besten Panzergraben".

Fehleinschätzungen des Militärs

Die arabischen Regierungen fanden sich nicht mit ihrer Niederlage ab. Ägypten startete einen Abnützungskrieg am Suezkanal. Die Verluste an Menschenleben durch die Beschießung aus Ägypten waren für Israel auf

> “
> **Wie Deutschland im Ersten Weltkrieg, gewann Israel 1973 die Schlachten, Ägypten aber siegte im Oktoberkrieg**

Dauer nicht hinnehmbar. So stimmte Israel einer Feuereinstellung auf Basis des Status quo zu. Es blieb bei seiner Haltung, obgleich Ägypten in der folgenden Nacht seine sowjetischen Luftabwehr-Raketensysteme direkt an den Kanal dislozierte. Das bedeutete, Kairo konnte Israels schärfstes Schwert, die Luftwaffe, neutralisieren. Denn Jerusalem wollte neue Verluste unter allen Umständen vermeiden.

General Sharon, der „König Israels", daneben Moshe Dayan

Wikimedia / The Israel Defense Forces Archive Pikiwiki Israel / https://creativecommons.org/licenses/by/2.5/deed.en

Als Anwar al-Sadat, seit 1970 Ägyptens Präsident, Israel Friedensverhandlungen unter der Voraussetzung der Räumung der Sinaihalbinsel anbot, lehnte Jerusalem dies ab. Israel blieb bei seiner Haltung, obgleich Ägypten und Syrien in den folgenden Jahren ihre Armeen mit Hilfe Moskaus ausbauten und modernisierten.

Anfang Oktober 1973 berichteten Israels Geheimdienste, dass die Armeen Ägyptens und Syriens kriegsbereit seien. Generalstabchef Elazar forderte nachdrücklich eine Mobilisierung der Armee. Doch Verteidigungsminister Dayan hielt dies nicht für nötig. Auch der Chef der militärischen Abwehr Eli Zeira glaubte nicht an die Gefahr eines Krieges. Zudem sei Zahal, das israelische Militär, den arabischen Armeen weit überlegen. Als Elazar aufgrund nachrichtendienstlicher Erkenntnisse darauf drang, dass die Armee auf dem Golan und am Suezkanal verstärkt würde, gab Verteidigungsminister Dayan schließlich in bemerkenswerter Weise nach. Den 2000 Panzern der syrischen Armee wurden 200 Tanks von Zahal gegenübergestellt. Im Süden, wo 200 000 ägyptische Soldaten und mehr als 2000 Panzer der ägyptischen Armee zur Invasion des israelisch besetzten Ostufers bereitstanden, erlaubte Dayan die Bereitstellung von 150 israelischen Tanks. Diese Stärke Zahals müsse genügen, um die arabischen Armeen und Staatsführung von einem Angriff abzuschrecken, meinte Dayan, der sich dabei auf die Meriten seines Sieges im Sinaifeldzug von 1956 berief.

Dayans Entscheidung zeugte von Überheblichkeit, ja von Megalomanie. Er war überzeugt, dass die kleine israelische Panzertruppe ausreichen würde, eine zehnfache Übermacht der feindlichen Armeen aufzuhalten. Schließlich habe man, so Dayan, die israelische Luftwaffe als entscheidenden Trumpf in der Rückhand. Die Bewertung Dayans war nicht nur anmaßend, seine Einschätzung war auch strategisch oberflächlich, gravierender noch, undurchdacht. Entlang des 160 Kilometer langen Suezkanals befanden sich ganze zwölf israelische Bunkeranlagen mit zusammen 1000 Mann. Auch überaus selbstsichere israelische Generäle hatten Zweifel, dass die Bunker und deren Besatzung ausreichen würden, einen ersten Ansturm von 100 000 Ägyptern, begleitet von massiver Artillerieunterstützung, aufzuhalten. Der frühere Oberbefehlshaber der Südfront, General Ariel Sharon, ein bewährter Truppenführer während des Sechstagekrieges, hielt die Strategie, mit wenigen israelischen Festungen das Ostufer des Kanals zu sichern, für „gefährlichen Schwachsinn". Die unterlegenen israelischen Bunkeranlagen taugten bestenfalls zur Feindbeobachtung. Einem Ansturm der ägyptischen Armee würden sie nicht standhalten. Stattdessen empfahl Sharon eine flexible Strategie. Die israelische Armee solle sich rund dreißig Kilometer vom Kanal an den Fuß der Sinai-Berge vor den Mitla- und Gidi-Pässen zurückziehen und dort aus sicheren Stellungen auf den Angriff der ägyptischen Truppen warten. Dayan gab dem militärischen Haudegen aus militärischer Hinsicht prinzipiell Recht. Doch politisch hielt er die flexible Kampftaktik Sharons für nicht durchsetzbar. Denn sobald sich Israel vom Ostufer des Kanals zurückzöge, würden die Ägypter es besetzen und aus vorgeschobenen Positionen die israelischen Stellungen in einen Krieg der Nadelstiche ziehen. Also musste Israels Armee aufgrund politischer Vorgaben auf dem Ostufer verharren. Die israelischen Einheiten an der Wasserstraße waren zwar stark unterlegen, doch im Ernstfall könnte sich Zahal auf seine überaus schlagkräftige Luftwaffe verlassen, die bereits den Sechstagekrieg von 1967 entschieden habe. Der Mensch, auch der Militär und Politiker, verlässt sich gerne auf gemachte Erfahrungen, ohne zu bedenken, dass sich das Geschehen im Laufe der Zeit ändert. Um seine Strategie umzusetzen, ernannte Dayan den starren Befehlsempfänger General Shmuel Gonen zum Kommandeur der Südfront.

In der Nacht zum 6. Oktober erhielt die militärische Abwehr definitive Informationen, dass die Verbände Syriens und Ägyptens am folgenden Tag die israelischen Stellungen gleichzeitig attackieren würden. In einer Dringlichkeitssitzung im Morgengrauen forderte daraufhin Generalstabschef Elazar die Erlaubnis zu einem präemptiven Schlag der israelischen Luftwaffe gegen die angriffsbereiten feindlichen Stellungen.

Präemptivschlag untersagt

Regierungschefin Golda Meir und Verteidigungsminister Moshe Dayan lehnten das Ansinnen des Armeechefs jedoch ab. Golda Meir, weil sie ahnte, dass Israel in einem zukünftigen Krieg auf die Unterstützung der Vereinigten Statten angewiesen sein würde. Moshe Dayan dagegen war überzeugt, die hochmoderne israelische Luftwaffe würde den attackierenden Heere Syriens und Ägyptens dermaßen hohe Verluste beifügen, dass sie von den verteidigungsbereiten israelischen Verbänden abgefangen und zurückgeworfen würden. Trotz der wiederholten Warnungen seines Generalstabschefs war Dayan von dieser Bewertung nicht abzubringen.

Um 14 Uhr am 6. Oktober setzten nach gründlicher Artillerievorbereitung in mehreren Wellen 100 000 ägyptische Infanteristen über den Kanal. Sie überrannten in kurzer Zeit viele der israelischen Stellungen; die meisten ägyptischen Soldaten allerdings stürmten an ihnen vorbei ins Hinterland. Die alarmierten israelischen Panzertruppen warfen sich den ägyptischen Invasoren entgegen. Diese waren vielfach jedoch mit Panzerabwehrraketen ausgerüstet. Damit gelang es ihnen, in wenigen Stunden fast die gesamte israelische Panzertruppe auszuschalten. Und die israelische Luftwaffe? Die von Dayan als entscheidende militärische Kraft eingeschätzte Luftstreitmacht wurde weitgehend von den sowjetischen SAM-2 SAM-3-Raketen der ägyptischen Luftabwehr neutralisiert. Hinter dem Schild der voranstürmenden ägyptischen Infanterie bauten Pioniere derweil Pontonbrücken, über die bald darauf tausende Panzer und Artilleriegeschütze auf das Ostufer des Kanals in den Sinai transportiert wurden. Mit dieser überlegenen Truppe stabilisierte Ägypten seine Position auf der Westseite seiner ehemaligen Halbinsel Sinai.

Panzerschlacht auf den Golanhöhen

Wikimedia / צבי רז / Attribution-ShareAlike 3.0 Unported (CC BY-SA 3.0) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Synchron hierzu griff die syrische Armee auf Befehl von Staatspräsident Hafiz al-Assad die israelischen Stellungen auf dem Golan an. Nach intensivem Artilleriebeschuss attackierten die syrischen Panzerverbände. Die israelische Panzertruppe war zu klein, um die zehnfach überlegenen syrischen Tankverbände aufzuhalten. Die israelische Luftwaffe versuchte unter hohen Verlusten einen Durchbruch zu verhindern. Die israelischen Stellungen auf dem Hermonberg wurden von syrischen Fallschirmjägern nach schweren Kämpfen besetzt. Die syrischen Panzerverbände stießen auf dem Golan in Richtung des 2000 Meter tiefer gelegenen israelischen Sees Genezareth vor. Im Laufe der Nacht gelang der syrischen Armee der Durchbruch durch die israelische Front. Israels Norden lag offen vor den arabischen Invasoren. Verteidigungsminister Dayan, der zuvor die Warnungen ignoriert hatte, geriet in Panik. Er sprach von der drohenden Zerstörung des Dritten Tempels, also des Staates Israel.

Kongeniale Partner

In dieser prekären Situation bewahrten starke Persönlichkeiten Israel vor der Katastrophe. Regierungschefin Golda Meir setzte den früheren General Bar-Lev als Kommandeur der Südfront ein. Die Panzertruppen der Reservisten wurden dem reaktivierten General Ariel Sharon unterstellt und Generalstabschef Elazar durfte die Armee endlich mit aggressivem Kampfgeist wieder in die Offensive führen. Tagelang suchte General Sharon nach einer Schwachstelle der ägyptischen Invasionsarmee. Nach knapp zehn Tagen hatte er eine Lücke zwischen der 2. und 3. Ägyptischen Armee ausfindig gemacht, in die er mit seinen Panzern hineinstieß. Gegen den ausdrücklichen Befehl des Generalstabs und seiner Vorgesetzten ließ Sharon seine Panzer auf einer einzigen Brücke den Suezkanal überqueren. Er attackierte die ägyptischen Luftabwehrstellungen und ermöglichte damit erstmals im Krieg endlich auch ein effektives Eingreifen der israelischen Luftwaffe. Mit seinem Brückenkopf schnürte Sharon in den folgenden Tagen die 3. Ägyptische Invasionsarmee ab und stieß dann mit seinen Truppen in Afrika Richtung Kairo vor. Seine Soldaten feierten ihn als „König Israels". Das war die Grundlage des Mythos Sharon, der ihn schließlich Jahrzehnte später in das Amt des israelischen Premierministers führen sollte.

Auf den Golanhöhen kam es zu erbitterten Gefechten. Nur sehr langsam gelang es den Reservistenverbänden der israelischen Armee, die Syrer zum Halt und schließlich zum Rückzug zu bewegen. Nach mehr als zwei Wochen befand sich Zahal im Süden wie im Norden in der Offensive. Die israelischen Verbände marschierten auf die Metropolen Damaskus und Kairo.

Nach der Einkesselung der 3. Ägyptischen Armee und der Invasion Afrikas herrschten nun in der Führung der Armee Verwirrung, Niedergeschlagenheit und Panik. Der Generalstab verlangte die Rückführung aller Invasionsverbände nach Afrika, um die israelische Armee bei ihrem Vormarsch zu stoppen. Doch wie seine israelische Gegenspielerin Meir behielt Staatspräsident Sadat die Nerven. Er beließ die abgeschnittenen Truppenteile auf dem Sinai und konzentrierte nun seine gesamten Bemühungen auf das politische Feld. Sadat suchte und fand im amerikanischen Außenminister Kissinger einen kongenialen Partner, um eine neue Friedensordnung durchzusetzen. Die Rechnung des Ägypters ging auf, weil ihm das Militär nur Mittel zum politischen Zweck war. Israel dagegen erlitt wie Deutschland im Ersten Weltkrieg trotz seiner militärischen Erfolge eine politische Niederlage und schmerzhafte Verluste an Menschenleben.

Sieger: Sadat und US-Außenminister Kissinger

United States Information Agency / Public Domain

Heute agiert Israels Regierung vorsichtig. Sie bekämpft Irans Verbände und Waffen in Syrien entschlossen. Doch gegen die modernen Kriegsmittel Russlands ist Israel machtlos. Daher versucht Netanyahu, ein gutes Verhältnis zu Putin aufrecht zu erhalten, vor allem aber setzt Jerusalem auf die Vereinigten Staaten. Trotz des unberechenbaren Donald Trump. Denn die USA sind seit Anbeginn die entscheidende politische und militärische Rückversicherung Zions. Der maßgebliche Faktor aber ist die Einsatz- und Opferbereitschaft der Israelis. Sie ist die Basis für den Frieden – und notfalls für einen existentiellen Krieg. ■

OHNE ERINNERUNG VERBLASST DIE VERGANGENHEIT!

ABER DU KANNST DAFÜR SORGEN, DASS SIE NICHT VERGESSEN WIRD

AM 9.11. UND JEDEN TAG
VEREINT GEGEN ANTISEMITISMUS

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

WER, WENN NICHT WIR
DEMOKRATIE-LEBEN.DE

BANKENKRISE

Zurück zur bewährten Strategie

Der Niedergang der deutschen Geldinstitute und der Ausweg

Dresdner Bank-Zentrale, einst das zweitgrößte deutsche Geldinstitut

Wikimedia / Epizentrum / (CC BY-SA 3.0) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Von Michael Balk

Was ist los mit Deutschlands Großbanken? Zehn Jahre nach der Finanzkrise stehen die beiden führenden Finanzinstitute des Landes schlechter da denn je. Im internationalen Konzert spielen Deutsche Bank und Commerzbank bei Profitabilität und Börsenwert nur noch eine Nebenrolle. Führungs- und Strategiechaos, Bankenskandale, eingebrochene Aktienkurse und nun auch noch der Abstieg aus wichtigen Börsen-Indices stehen sinnbildlich für den Niedergang der früheren Schwergewichte auf dem deutschen Bankenmarkt. Sterben die deutschen Finanz-Dinosaurier aus, oder erwachen sie zu neuer Stärke?

Es ist schon eine seltsame Diskrepanz: Während Deutschlands Volkswirtschaft wächst und gedeiht, das Land politisch und wirtschaftlich die Lokomotive für Europa ist, leiden die Finanzhäuser und damit das Rückgrat der Wirtschaft an hartnäckiger Schwindsucht. Ein europäischer Finanzmarkt nimmt langsam Gestalt an, die EU will eine Bankenunion schaffen. Die Deutschen aber stehen abseits, beschäftigen sich vor allem mit sich selbst.

Die Bundesregierung ist inzwischen alarmiert. In Berlin macht man sich Sorgen, dass die einheimischen Player eher zum Spielball als zu Hauptakteuren einer bevorstehenden Konsolidierung des europäischen Bankensektors werden könnten. Ein Blick auf die Börsenwerte zeigt die Kluft zwischen deutschen, französischen und spanischen Instituten: Die französische Großbank BNP Paribas bringt ähnlich wie die spanische Santander über 70 Milliarden Euro auf die Börsen-Waage und ist damit 3,5 mal so groß wie die Deutsche Bank. Selbst die Nummer zwei und drei aus Frankreich können es noch locker mit der Commerzbank (Börsenwert 10 Milliarden Euro) aufnehmen. Bei einer Neuordnung des europäischen Bankensektors würden französische Institute die führende Rolle einnehmen, lautet der Tenor unter Bankanalysten.

Noch weiter hat sich die Schere gegenüber US-Banken geöffnet. „Seit 2012 sind die Gewinne der amerikanischen Banken mindestens doppelt so hoch wie die ihrer europäischen Konkurrenten“, heißt es im Bankenreport der Unternehmensberatung Ernst&Young. Und der Abstand vergrößere sich weiter. Die amerikanischen Institute sind nach der Finanzkrise durch die Zwangskapitalisierung der US-Regierung wieder schnell auf die Beine gekommen. Aktuell profitieren sie vom Boom der heimischen Wirtschaft und der Steuerreform der Trump-Regierung. Während im Euroraum historisch niedrige Zinsen die Erträge drücken, hat die US-Notenbank Fed die Leitzinsen längst wieder angehoben und für auskömmliche Zinserträge gesorgt. Kein Wunder also, dass die US-Schwergewichte an der Börse weit mehr wert sind: Während die Marktkapitalisierung der zehn größten US-Banken im August 2018 auf gut 1,3 Billionen Euro stieg, sank der Börsenwert der zehn größten europäischen Institute auf zusammen 560 Milliarden Euro.

Fusion als Notoperation

Die Rufe nach einem nationalen Champion werden in Deutschland daher lauter. Bundesfinanzminister Olaf Scholz formulierte auf dem Frankfurter Banken-Gipfel den Wunsch nach einer starken deutschen Großbank, die die boomende deutsche Exportwirtschaft im Ausland begleiten könne. In diesem Zusammenhang kommen immer wieder Überlegungen einer Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank ins Spiel. Beide Bank-Chefs halten solchen Szenarien – kurzfristig jedenfalls – für illusorisch. Christian Sewing wie Martin Zielke verweisen auf die unerledigten Hausaufgaben, die es vordringlich abzuarbeiten gelte. Eine schnelle Fusion wäre ohnehin eine Notoperation mit ungewissem Ausgang. Daraus würde im gegenwärtigen Fitnesszustand alles andere als ein Champion entstehen – und das nicht nur, weil man aus zwei Lahmen keinen Sprinter machen kann.

Die Ursachen für den Abstieg der einst so stolzen deutschen Finanzhäuser liegen nicht allein in der Finanzkrise 2008, sondern sind zum größten Teil hausgemacht: Missmanagement, Führungschaos, Vertrauensverlust. Für die Deutsche Bank begann der Absturz, als sich das damalige Flaggschiff der Deutschland AG in das unkalkulierbare Abenteuer des Investmentbanking-Geschäftes stürzte. Mit der Übernahme der US-Investmentbank Bankers Trust, die als Bad Boy der Wall Street galt, setzten sich die bis dato antiquierten Deutschbanker einer Herausforderung aus, der sie nicht gewachsen waren.

Zusammenprall zweier Kulturen

Mit Bankers Trust prallten zwei Kulturen aufeinander: die der aggressiven Investmentbanker, die das schnelle Rad drehen, und die der konservativen Nadelstreifenbanker in Frankfurt, die ihren Privatkunden, dem gewerblichen Mittelstand und der prosperierenden Industrie seriöses Kapital zur Verfügung stellten. Der Ausgang des Kulturkampfes ist bekannt: Die Investmentbanker gewannen die Oberhand und plünderten die Bank regelrecht aus. Bank-Chefs wie Hilmar Kopper, Rolf Breuer oder Josef Ackermann waren den Investmentbankern nicht gewachsen. Und auch die vom noch heute amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Paul Achleitner installierte Doppelspitze mit Jürgen Fitschen und Anshu Jain, die einen Neuanfang hinbekommen sollten, scheiterte am Kulturwandel. So flossen auch 2015 trotz eines ausgewiesenen Milliardenverlustes Boni in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Es wurde offenbar, dass sich das einstige Vorzeigeinstitut milliardenschwere Abschreibungen und juristische Risiken eingehandelt hatte. Der wirtschaftliche und moralische Niedergang der Deutschen Bank sei ein lehrreiches Beispiel dafür, was passiere, wenn ein Unternehmen vorschnell eine angelsächsische Kultur übernehme, die nicht wirklich passe, urteilte der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser. Nun steckt die Deutsche Bank in einer Strategiefalle: Das Investmentbanking, das früher hohe Gewinne garantierte, funktioniert nicht mehr. Und im Privat- und Firmenkundengeschäft ist man alleine einfach zu schwach. Eine ungemütliche Ausgangslage für Christian Sewing, den Vorstandsvorsitzenden.

Der Blick auf das zweite große private Geldhaus in Deutschland fällt ähnlich deprimierend aus. Die Commerzbank musste Ende 2008 mit Milliarden vom deutschen Staat gerettet werden. Ihr war die Übernahme der Dresdner Bank kurz vor der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers zum Verhängnis geworden. Die Dresdner hatte sich im Investmentbanking verspekuliert. Die Commerzbank musste das Desaster ausbaden. Durch häufige Strategiewechsel verlor die Commerzbank mehr und mehr ihre Identität. Inzwischen ist sie stark geschrumpft und in die Bedeutungslosigkeit abgedriftet.

Als Handikap im internationalen Vergleich entpuppt sich der stark zersplitterte deutsche Bankenmarkt. Während Deutschlands Verbraucher vom intensiven Wettbewerb auf dem Heimatmarkt profitieren, für Finanzdienstleistungen gegenüber den europäischen Nachbarn geringere Preise bezahlen, leiden die Großbanken unter sehr niedrigen Marktanteilen und Margen. Die fünf größten französischen Banken, darunter BNP Paribas, Société Générale und Crédit Agricole, kommen auf einen Marktanteil von mehr als 80 Prozent. Deutschlands Top Drei erreichen gerade 15 Prozent. Das vergleichsweise profitable und stabile Kleinkundengeschäft ist fest in der Hand der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken. Die Sparkassen behaupten 40 Prozent des Inlandsmarktes.

Das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsinstituten und privaten Banken verhindert zudem eine übergreifende Konsolidierung. Daher gilt Deutschland als „overbanked“. Auf 2500 Bundesbürger kommt eine Bankfiliale. In Schweden sind es 5000 und in Großbritannien sogar 6000 Bürger je Zweigstelle. Das treibt die Kosten kräftig in die Höhe und bindet Kapital, das für Investitionen etwa in die Auslandsexpansion oder die Digitalisierung fehlt.

Beide deutschen Großbanken verbindet die Angst vor Übernahmen aus dem Ausland. An der Deutschen Bank soll die Schweizer UBS interessiert sein. Auf die Commerzbank schielen die französische BNP Paribas und die italienische Unicredit.

Wohin die Reise der beiden deutschen Großbanken geht, ist nicht klar zu erkennen. Mittelfristig scheint ein Zusammenschluss durchaus möglich. Eine „Deutsche Commerzbank“ wäre die Nummer drei auf dem europäischen Bankenmarkt und würde den Wunsch nach einem nationalen Champion erfüllen. Eine Übernahme – auch eine feindliche – durch eine Auslandsbank kann aber angesichts des geschrumpften Börsenwertes auch nicht ausgeschlossen werden.

Für den Historiker Abelshauser gibt es mit Blick auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft nur einen Weg in die Zukunft: Zurück zu den Wurzeln, zu dem Geschäft, das sich auf die Finanzierung der weltweit erfolgreichen Konzerne besinnt. ■

Michael Balk leitet das Ressort Wirtschaft der Frankfurter Neuen Presse

Wirtschaftskraft – Politische Schwäche

Europäische Union muss zu den USA aufschließen

Von Klaus Dieter Oehler

Donald Trump hat ein klares Ziel: Make America great again, wiederholt der US-Präsident seinen Wahlkampfslogan unermüdlich. Seine oft umstrittenen und ungewöhnlichen Methoden und Entscheidungen haben aber Wirkung gezeigt. Zum einen geht es der Wirtschaft in den USA tatsächlich gut, nicht zuletzt wegen der Steuersenkungen, sondern auch durch die protektionistischen Maßnahmen, mit denen Trump die heimische Industrie flott machen will. Ob all das nötig ist und wie nachhaltig diese Wende sein wird – darüber streiten sich Politiker und auch Wirtschaftsexperten. Dem US-Präsidenten scheinen die kritischen Stimmen ziemlich egal

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström

16683410920_9e14caa877_o / Flickr / Friends of Europe / Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/

zu sein. Er verweist lieber auf seine bisherige Bilanz. Und die kann sich sehen lassen: Erst kürzlich ist der Online-Riese Amazon zu einem Unternehmen mit einem Börsenwert von einer Billion Dollar aufgestiegen. Neben Apple ist es damit das einzige Unternehmen auf der Welt, das je diesen Wert erreicht hat. Was die Firmen gemeinsam haben, ist bis auf ihre Marktmacht ihr Netzwerk an Kunden, das sich dank Digitalisierung nahezu grenzenlos ausbreiten lässt. Die europäischen Unternehmen, die der Billion am nächsten stehen, sind derweil SAP mit 142 Milliarden Dollar sowie Royal Dutch Shell, das mit 271 Milliarden Dollar als wertvollstes europäisches Unternehmen gehandelt wird. Um ihrer Wirtschaft einen Aufschwung zu geben, fordern Experten in Papieren, die der Zeitung „WELT“ vorliegen, neben der Erleichterung von Marktzutritten eine engere Zusammenarbeit der Staaten untereinander.

Wirkung zeigt die neue US-Wirtschafts- und Finanzpolitik auch im Rest der Welt. Mit China hat Trump einen veritablen Handelsstreit losgetreten, der sich – so die Befürchtungen einiger Experten – sogar zu einem Handelskrieg ausweiten könnte. Erst Mitte September hat der US-Präsident neue Strafzölle gegen chinesische Waren im Wert von 200 Milliarden US-Dollar verfügt und Peking davor gewarnt, mit Gegenmaßnahmen zu reagieren. Wie dieser Streit ausgehen wird, ist angesichts der unkonventionellen Vorgehensweise des US-Präsidenten schwer vorherzusagen.

Ebenso schwer ist abzusehen, wie sich das Verhältnis zwischen den langjährigen „engen Freunden“ USA und Europa weiter entwickeln wird. Quasi in letzter Minute handelte der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, mit Trump einen Kompromiss aus, durch den Strafzölle auf deutsche Autos, die in den USA verkauft werden sollen, abgewendet wurde. Der scheidende überzeugte Europäer Juncker ist es denn auch, der in dem neuen Verhältnis zu Washington mehr Chance als Risiko für die Europäische Union sieht. Anfang September zeigte er in einer viel beachteten Rede vor dem Europa-Parlament in Straßburg seine heutige Vision eines vereinten Europa auf. Die EU sei eine souveräne Macht, die eine halbe Milliarde Menschen vertritt und über eine enorme Wirtschaftskraft verfügt, sagte Juncker. Und fügte hinzu, dass Nationalismus noch nie Probleme gelöst habe.

Bankenunion

Dieser Hinweis war wichtig, denn in Europa hat in den vergangenen Jahren ein Trend zu nationalistischen Regierungen zugenommen. Auslöser waren zuerst die Euro-Krise, bei der sich durch die Brüsseler Maßnahmen und die Entscheidungen der EU-Regierungen am Ende beide Seiten benachteiligt fühlten, die einen sahen sich bevormundet, die anderen wollten nicht so viel für die Rettung anderer Staaten zahlen. Später kam die Flüchtlingskrise hinzu, auf die die Regierungen ebenfalls unterschiedlich reagierten, eine gemeinsame europäische Lösung war nur in Teilen zu erreichen. All das räumt auch Juncker ein: Es gibt keine überzeugende einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik und auch die Währungsunion stagniert wegen der allzu großen wirtschaftlichen Leistungsunterschiede. Immerhin haben sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Bankenunion einigen können, ein erster Fortschritt. Der EU-Kommissionspräsident machte auch klar, dass ein Land, das aus der Union austreten wolle, nicht nur von den Vorteilen profitieren könne – ein klarer Wink gen London, wo der Brexit nach wie vor umstritten ist. Junckers Vorschläge zur Reform der EU sehen vor, dass Mehrheitsentscheide die EU außen- und finanzpolitisch handlungsfähiger machen sollen. Mit einem Mix aus Legalisierung und konsequenter Rückführung soll die Migration effizient gemanagt werden. Eine neue Partnerschaft mit Afrika – auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen – soll dies ergänzen. Der Euro soll als globale Währung endlich auf Augenhöhe mit dem US-Dollar gebracht werden.

US-Handelsminister Wilbur Ross

U.S. federal government / Public Domain

> **Den € als globale Währung auf Augenhöhe mit dem $ bringen**

Volkswirte halten dieses Ziel aber für schwer erreichbar. „Unterschiedliche Regionen besitzen nicht die gleiche Wirtschaftskraft, sei es in Bezug auf Wachstumstrends oder Innovationsfähigkeit; sie haben auch nicht die gleiche politische Macht, und darin liegt die eigentliche Herausforderung“, sagt zum Beispiel Philippe Waechter, Chefvolkswirt eines zu Natixis Investment gehörenden Vermögensverwalters. Die internationale Referenzwährung sei die Währung der dominierenden politischen Macht. Japan habe in den achtziger Jahren eine starke Wirtschaftsmacht gehabt, erinnert er. „Aber seine Währung konkurrierte nie mit dem Dollar aufgrund politischer Schwäche.... und das Gleiche könnte man von Europa sagen, das es nicht schafft, langfristig starke politische Entscheidungen zu diktieren“, sagt Waechter.

Klar sollte aber inzwischen allen Beteiligten sein, dass der Wettbewerb in der globalisierten Welt künftig vor allem zwischen den drei Triaden ausgefochten werden wird: Amerika, Asien mit einem starken China und Europa. Den Europäern sollte bei ihrer hohen Exportquote vor allem daran gelegen sein, den Zusammenhalt des Wirtschaftsraums zu stärken. Viele deutsche Branchen etwa haben inzwischen Auslandsanteile am Umsatz zwischen 60 und 80 Prozent – da kann langfristig nur ein freier Welthandel weiteres Wachstum bringen. ■

Klaus Dieter Oehler ist Wirtschaftskorrespondent der Stuttgarter Zeitung

Garagengold

Eine sichere Anlage?

Von Jens Spudy

Im Schatten der Finanzkrisen haben neben Kunstwerken vor allem klassische Fahrzeuge, liebevoll „Oldtimer“ genannt, eine beachtliche Wertentwicklung von fünf bis zehn Prozent pro Jahr erlebt. Kein Wunder, denn wie auf dem Kunstmarkt steht bei Oldtimern ein sehr begrenztes, nicht vermehrbares Angebot einer wachsenden Nachfrage und fast unbegrenzt verfügbarem Kapital entgegen. Neben dem Aspekt der reinen Geldanlage spielt hier oft auch eine persönliche Begeisterung der Investoren bis hin zur Liebhaberei eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

www.spudy.com

Doch gerade das führt dazu, dass diese interessante Assetklasse sehr schwer einzuschätzen ist. Einen klassischen Aston Martin, Bugatti oder Ferrari zu kaufen, gilt als extrem sichere Anlage. Das Prestige dieser Marken ist legendär und die Preisentwicklung der Sportwagen-Klassiker seit drei Jahrzehnten rasant. Es gibt aber auch viele Klassiker, die keine sichere Wertanlage sind. Das betrifft zum Beispiel viele Fahrzeuge aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, aber auch den klassischen Ford Mustang. Sie sind mitunter bei den maßgeblichen Oldtimer-Auktionen gänzlich unverkäuflich oder nur deutlich unter Einstandspreis zu veräußern. Hier drohen bei falscher Auswahl oder Markteinschätzung herbe Verluste. Wer sich beim Oldtimerkauf nicht nur auf seinen persönlichen Geschmack oder seine eigene Lebenserfahrung verlassen will, sondern eine möglichst sichere und renditestarke Geldanlage anstrebt, sollte deshalb unbedingt Spezialisten für die Preisentwicklung historischer Fahrzeuge hinzuziehen. Und noch eines ist nicht zu vernachlässigen: die engmaschige Kontrolle der Wertentwicklung im weiteren Verlauf des Investments. Denn zwei Dinge sind für die langfristige Pflege dieser Assetklasse unverzichtbar: ein erstklassiges Vermögenscontrolling und eine erstklassige Werkstatt! ■

Wikimedia / Lothar Spurzem / freely composed / (CC BY-SA 2.0 DE) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.de

Jens Spudy ist geschäftsführender Gesellschafter von Spudy Family Office GmbH

PERSPEKTIVEN

„Weil ich hier leben will ...“

Der Jüdische Zukunftskongress Berlin gibt Denkanstöße

Von Hartmut Bomhoff

„Wir haben eine Zukunft. Sie auch?“ fragte die Gruppe Meshulash (hebr. für „Dreieck“) im Rahmen ihres Projektes *Davka. Jüdisches Leben in Berlin – Traditionen und Visionen* vor genau zwanzig Jahren. Die Ausstellung im leerstehenden Gebäude des früheren jüdischen Kinderheims in der Berliner Auguststraße galt als das herausragende Ereignis der Jüdischen Kulturtage; die Gruppe und die eingeladenen Künstler und Künstlerinnen stellten Klischees vom Jüdischsein in Frage. Davka, oder wie es auf Berlinerisch heißt, aus Daffke, aus Trotz. Das öffentliche Bild von jüdischem Leben sei geprägt von Gedenktafeln, Polizeischutz und immer wieder Klezmermusik, schrieb ich damals in unserem Konzeptpapier. „Wir mischen uns ein, wenn unserer ermordeten Großeltern gedacht wird oder eine lebendige Tradition zum Museumsstück gemacht wird, und finden eigene Wege: im alltäglichen Umgang miteinander, religiös und kulturell.“ Nahezu alle Ausstellungen zum Thema Judentum, ob *Jüdische Lebenswelten* im Jahre 1992 oder *Erbe und Auftrag* im Jahr 1998 waren rückwärtsgewandt, beschränkten sich zumeist auf Bestandsaufnahmen, Dokumentationen der Verluste und Pflege dessen, was die Schoa überdauert hatte, sowie auf eine nostalgische Verklärung der Vergangenheit. Unser Projekt hingegen sollte auf die Zukunft gerichtet sein und der Tatsache Rechnung tragen, dass Berlin aufs Neue das Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland ist. Unser Anliegen war es, dass Juden ihre eigene Kultur heutzutage autonom leben und fortentwickeln, ohne dabei die Haltung ihrer nicht-jüdischen Umgebung zum Maßstab zu machen, und „die von uns präsentierten Visionen somit der Anfang einer gemeinsam gestalteten Zukunft sein“ mögen.

> **Unsere Geschichte hat uns stark gemacht. Wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir eine Zukunft haben: Wir fordern sie ein**

Die Initiative ging einher mit weiteren Projekten wie dem europäisch-jüdischen Magazin *Golem* und einer internationalen Konferenz: *Galut 2000 – Aufbruch zu einer europäisch-jüdischen Identität*. Doch die Aufbruchsstimmung verebbte bald: die etablierte jüdische Gemeinschaft war zu sehr mit Integrationsaufgaben beschäftigt, eine jüdische Zivilgesellschaft war so gut wie nicht existent. Kurzum, es fehlte an Mitstreitern, an Mitteln und Freiräumen, aber auch an Resonanz.

Heute wird aufs Neue über jüdisches Selbstbewusstsein angesichts wachsendem Antisemitismus in Deutschland und Europa nachgedacht. Das jüdische Leben in Berlin ist achtzig Jahre nach den Novemberpogromen des Jahres 1938 so vielfältig, wie es nach Zweitem Weltkrieg und Schoa kaum vorstellbar war. Die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung jüdischen Lebens trifft heute auf eine dynamische jüdische Zivilgesellschaft. In Religion, Kultur, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gestalten junge Jüdinnen und Juden nicht nur ihre eigene vielstimmige Gemeinschaft: Sie gestalten unsere Gesamtgesellschaft mit, in Berlin und darüber hinaus.

Jüdischer Zukunftskongress

Gesamtgesellschaftliche Perspektive

Diese besondere Situation ist Basis des *Jüdischen Zukunftskongresses*, der Anfang November in Berlin stattfindet. Die Initiatoren verstehen den Kongress als Forum, das Impulse für die Konsolidierung, aber auch Erneuerung jüdischen Lebens in Deutschland in seiner ganzen Vielfalt geben kann. Das neue Selbstbewusstsein und die Zuversicht der jungen jüdischen Gemeinschaft sollen beim Jüdischen Zukunftskongress, an dem neben prominenten Akteuren und Akteurinnen aus Politik, Wissenschaft und Kunst vor allem junge jüdische Intellektuelle beteiligt sein werden, im Zentrum stehen. Somit soll der Kongress eine klare gesamtgesellschaftliche Perspektive auf ein neues Miteinander eröffnen.

Der *Jüdische Zukunftskongress* (5. bis 11. November 2018) ist von der Leo Baeck Foundation in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa initiiert worden und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt. Daneben beteiligen sich auch zahlreiche jüdische und nichtjüdische Institutionen an diesem Experiment. Gemeinsam wollen sie dem Thema „Erinnern“ eine neue gesellschaftliche, religiöse und kulturelle gestalterische Komponente verleihen und so in die Zukunft weisen.

Die jüdische Gemeinschaft hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten grundlegende Veränderungen erlebt. Igor Mitchnik, der 1991 im damaligen Leningrad geboren wurde, erinnert sich: „Ich war ungefähr vier Jahre alt, als ich mit einem Mal begriff, dass wir jüdisch sind. Von Vergangenem wollte man sich nach der Emigration aus der Ukraine und Russland Anfang der 1990er verabschieden – und im Neuen fühlte man sich verloren. Mit einer irgendwie positiv besetzten Identität hatte dieses Judentum wenig zu tun.“ Sandra Anusiewicz-Baer, die kürzlich über die Bedeutung einer jüdischen Schulbildung promovierte, gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken: „Gelebtes Judentum wird verkörpert von Menschen, die nicht nur zufällig Juden sind, sondern die sich jüdisch verstehen und die jüdisch sein wollen. Sie müssen sich auskennen in ihren Traditionen, sich zu diesen Traditionen in Beziehung setzen und sie mit Leben, ihrem Leben füllen. Das erfordert Mut und Selbstvertrauen.” Die Zitate stammen aus dem Buch *Weil ich hier leben will... Jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas*, das Mitte Oktober erscheint und den *Jüdischen Zukunftskongress* quasi flankiert. Zu den Beiträgern gehört auch Benjamin Fischer, Jahrgang 1990 und inzwischen Consultant für den European Jewish Congress: „Ich frage mich bei den Bildern von den antisemitischen Ausschreitungen, ob Juden in Deutschland eine Zukunft haben. Und ich komme zur Antwort: unbedingt! Unsere Geschichte ist geprägt von Verfolgung, Vertreibung und Zerstörung. Diese Geschichte hat uns aber auch stark gemacht! Wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir eine Zukunft haben: Wir fordern sie ein!“

Selbstbewusstsein und Vertrautheit mit den jüdischen Traditionen sind nicht nur gegenüber der Umwelt wichtig, sondern auch für den Zusammenhalt der jüdischen Gemeinschaft und für den Ausbau einer jüdischen Zivilgesellschaft, weiß Hannah Peaceman, die Mitherausgeberin der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*: „Die demokratische Kultur kann aus den jüdischen Traditionen viele grundlegende Praktiken gewinnen. Eventuell würden viele jüngere und ältere Menschen ihre Wege in die Gemeinden zurückfinden, wenn sie mehr Möglichkeit von *Machloket*, von politischer Partizipation sähen.“

Ein Schlagwort im umfangreichen Kongressprogramm lautet: „Desintegriert Euch!“ Der Lyriker und Politikwissenschaftler Max Czollek, einer der über sechzig Referenten, erklärt das so: „Desintegration bedeutet Platz zu schaffen für die innerjüdische Vielfalt in Deutschland.“ So wie vor zwanzig Jahren gehört zum Ringen um unsere jüdische Zukunft ein gutes Stück Daffke, Trotz. Die vagen Visionen von 1998 haben inzwischen einem gesunden Selbstbewusstsein Platz gemacht. Das zeigt auch der Appell des Regisseurs Tobias Herzberg: „Antisemitismus wird nicht dadurch verschwinden, dass Juden in bestimmten Gegenden ihre Kippa in der Hosentasche verstauen. Und nicht jeder Mensch hat die Möglichkeit dazu, noch ist es überhaupt erstrebenswert, dem gesellschaftlichen Normalitätsdruck auch nur einen Millimeter nachzugeben!“ ■

Programm und weitere Informationen: www.juedischer-zukunftskongress.com

Im Fluss der Zeit: Jüdisches Leben an der Oder

Eine deutsch-polnische Ausstellung schlägt Brücken

„Jedes Mal, wenn Hitler Breslau besuchte, versuchte meine Mutter, mich aus der Stadt zu bringen. Einmal bin ich in ein kleines Dorf am Ufer der Oder gefahren, das überschwemmt war. Das Wasser, das die Wiesen bedeckte und durch das die Dorfkinder und ich wateten, war ziemlich warm.“ In den Erinnerungen von Klaus Gräupner, der 1927 in Breslau geboren wurde und von 1939 an als Kenneth Graupner in London lebte, mischt sich das Naturerlebnis mit historischen Ereignissen. Die deutsch-polnische Wanderausstellung *Im Fluss der Zeit. Jüdisches Leben an der Oder*, die jetzt im Roten Rathaus in Berlin zu sehen ist, birgt viele ganz ähnliche Geschichten.

Die Oder, polnisch Odra, die in Tschechien entspring und in die Ostsee mündet, ist der drittlängste Fluss des heutigen Polens. Die Landschaft, die sie durchzieht, war mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier trafen auch deutsch-jüdische und polnisch-jüdische Kultur aufeinander. Der Nationalsozialismus vernichtete diese kulturelle Vielfalt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze. Die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses wurde vertrieben. Ansiedler aus Zentralpolen und Umsiedler sowie Repatrianten aus der Sowjetunion fanden hier allmählich eine neue Heimat. Für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern auch jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier nach der Befreiung an, die meisten von ihnen aber verließen Polen Ende der 1960er Jahre in Zuge der antisemitischen Kampagnen. Die jahrhundertelange Anwesenheit von Juden an der Oder fiel dem Vergessen anheim, ihre Spuren wurden oft zerstört.

Verbürgerlichung der jüdischen Minderheit

All dies wollen die Kuratorinnen Magdalena Gebala und Magdalena Abraham-Diefenbach ins Bewusstsein rufen. *Im Fluss der Zeit* erzählt dabei auf nur zwanzig Tafeln von Momenten der jüdischen Geschichte vom Mittelalter bis heute. Mittelalterliche Darstellungen von Juden wie in einem Fenster der Frankfurter Marienkirche und historische Dokumente bekunden eine frühe Existenz am Rand der damaligen christlichen Gesellschaft. Nachgezeichnet wird das jüdische Leben im Grenzland zwischen dem Königreich Polen, der Mark Brandenburg und Pommern im Spannungsfeld von Verfolgung und teuer erkauftem Schutz, aber auch die Blüte jüdischen Buchdrucks im 16. Jahrhundert. Ein Schwerpunkt liegt auf der Verbürgerlichung der jüdischen Minderheit im 19. Jahrhundert am Beispiel von Breslau, das zur drittgrößten jüdischen Gemeinde im Deutschen Reich wurde, ein anderer auf der Auswanderung in Folge der industriellen Revolution: nach Stettin, nach Berlin, nach New York.

Eröffnungskonzert der Tage der Jüdischen Musik in Stettin

Jan-Niklas Hörmann

Dazwischen gibt es immer wieder überraschende Einblicke, etwa mit der Geschichte des Berliner Unternehmers Israel Moses Henoch, der 1818 das Gut Gleißen in der Neumark erwarb und als jüdischer Patronatsherr eine Kirche baute. Fotos aus dem Nachlass der Schriftsteller Alfred Döblin und Arnold Zweig, aber auch Schnappschüsse aus den Alben weniger prominenter Familien zeugen von einem eher unbeschwerten Alltag an der Oder Anfang des 20. Jahrhundert. Der Erste Weltkrieg ist eine Zäsur.

Die darauffolgenden Ausstellungstafeln sind mit „Polenaktion“ und „Die Synagoge brennt“, „Von Stettin nach Lublin“ und „Autobahnbau in Zwangsarbeit“ überschrieben und berichten anhand persönlicher Dokumente von der Vernichtung der jüdischer Lebenswelten an der Oder durch die Nationalsozialisten. „Nirgends ist mehr Recht in Deutschland. Nirgends!“ schrieb der Breslauer Lehrer und Historiker Willy Cohn 1933 in sein Tagebuch. Ende 1941 wurde er zusammen mit seiner Familie deportiert und erschossen. Seit 2010 erinnert am Rynek von Wroclaw, dem Großen Ring des alten Breslaus, eine Gedenktafel an ihn. „Vergessen waren die deutschen Juden wie Willy Cohn gleich doppelt“, sagte Magdalena Gebala bei der Ausstellungseröffnung in Berlin. „In der Bundesrepublik waren es die Vertriebenen, die die Erinnerung an ihre alte Heimat prägten. Für die Ermordung der Juden war da kein Platz.“ In der DDR wiederum wurde die Erinnerung an die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete ausgeblendet. Für die polnischen Umsiedler, die nach Kriegsende an die Oder gekommen war, hatte die Erinnerung an die deutschen Juden, die dort vor ihnen gelebt haben, ebenfalls keine Bedeutung. Mit den Spuren der Deutschen wurden auch die der deutschen Juden getilgt; aus noch bestehenden Synagogenbauten wurden polnische Kulturhäuser oder auch Ladenzentren, so wie in Meseritz/Miedzyrzecz.

Der jüdische Friedhof von Groß Neuendorf, 1992/94 wieder instand gesetzt

JVG

Jugendstil-Kleinod in Görlitz

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa (Potsdam), an dem die Ausstellung entstand, will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnern der Oder-Region anregen. *Im Fluss der Zeit* ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft. Und dies gelingt: die Geschichte des jüdischen Kirchenbauers lässt einen gleich an das kleine Dorf Groß Neuendorf im Oderbruch denken, wo unter ganz anderen Vorzeichen 1853 eine jüdische Gemeinde entstand. Der jüdische Getreidegroßhändler Michael Sperling besaß hier ein Sommerhaus, errichtete in der vorteilhaften Lage am Fluss eine Zweigstelle seiner Firma und 1865 ein Bethaus für seine jüdischen Angestellten und Nachbarn. Der kleine jüdische Friedhof ist erhalten; die frühere Synagoge wird heute als Wohnhaus genutzt und ist nur noch an den zugemauerten Spitzbogenfenstern erkennbar. Ein Halt dort am Oderdamm lohnt sich.

Die Ausstellung zeigt auf, dass es inzwischen auch wieder neues jüdisches Leben an der Oder gibt, etwa in Frankfurt und in Zary (früher Sorau) oder auch in Szczecin (Stettin). Die aktivste jüdische Gemeinde ist die von Wroclaw mit etwa 350 Mitgliedern und der Synagoge zum Weißen Storch als Wahrzeichen und Mittelpunkt. Diese Wiederbelebung ist vor allem der Künstlerin Bente Kahan zu verdanken. Ihre Stiftung hat die Synagoge, ja das ganze Viertel um die frühere Wallstraße zur ersten Adresse für all diejenigen gemacht, die sich für jüdische Geschichte interessieren: „Wir, die wir als Juden heute in Wroclaw leben, bewahren das Andenken an die deutschen Juden Breslaus.“

Inzwischen gibt es beiderseits der Oder eine Rückbesinnung auf das reiche jüdische Erbe. Die 1911 errichtete Synagoge von Görlitz ist ein Jugendstil-Kleinod; kommendes Jahr soll das Kulturdenkmal vollständig saniert der Öffentlichkeit übergeben werden. In Stettin fanden im September erstmals Tage der Jüdischen Musik statt. Dabei stand im überfüllten Atrium des Nationalmuseums der regionalen Kultur auch liturgische Musik der 1938 zerstörten Neuen Synagoge von Stettin auf dem Programm, darunter Werke von Louis Lewandowski, zu Gehör gebracht vom renommierten Vokalensemble Vox Varshe und dem jungen Organisten Jakub Stefek. Wegen der überwältigenden Resonanz ist für 2019 eine Neuauflage geplant. Vielleicht im Zusammenspiel mit *Im Fluss der Zeit*? ■

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Die Ausstellung ist noch bis zum 5.11. (Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr) im Roten Rathaus in Berlin zu sehen

JEWISH VOICE FROM GERMANY
In Zusammenarbeit mit der WELT

HERAUSGEBER V.i.S.d.P.
Dr. Rafael Seligmann

CHEFREDAKTION
Hartmut Bomhoff
Dr. Elisabeth Neu

CHEF VOM DIENST
Paul Siebel

DESIGN
Lukas Kircher

LAYOUT
Michal Blum

REDAKTION
Sabine Dultz, Siegfried Guterman (Wirtschaft), Dr. Susanne Mauss († 2014), Dr. Tong-Jin Smith

AUTOREN
Michael S. Cullen, Ulrich Reitz, Prof. Michael Rutz

ANZEIGEN
jvg@berlin.de

KONTAKT
SVoice from Germany GmbH
Postfach 311310 D-10643 Berlin
Telefon: 030 – 857 26 888
E-Mail: jvg@berlin.de

www.jewish-voice-from-germany.de

„Du lässt den Wind wehen und den Regen fallen“

Für Mensch und Tier bleibt Wasser lebensnotwendig

Von Rabbiner Walter Homolka

Fünf Jahre dauert die Dürre in Israel nun schon an, und diesen Sommer haben wir auch in Deutschland gespürt, welche Folgen Hitze und Trockenheit für die Landwirtschaft und für unsere Produktivität an sich haben. Im Orient hängt das Gedeihen der neuen Saat seit jeher von einem reichlichen Herbstregen ab. Dieser Regen aber verdankt sich nach biblischem Verständnis der Allmacht Gottes; in Lev 26,4 heißt es dazu: „So werde ich euren Regen geben zu seiner Zeit, dass die Erde gebe ihren Ertrag und der Baum des Feldes gebe seine Frucht.“

Wasser kann ein Segen sein, Trockenheit aber eine existentielle Bedrohung, die alle Menschen gleichermaßen betrifft. Mein Freund und Lehrer Ernst Ludwig Ehrlich (1921-2007) hat mir vor Jahren bewusst gemacht, dass unsere Weisen schon zu talmudischer Zeit verstanden hatten, dass Dürre und Hunger vor keinem Menschen und keiner Nation Halt machen. Die Krisenerfahrung ließ sie für Augenblicke das besondere Leid Israels vergessen und Solidarität mit allen Geschöpfen fühlen. Nur so sei es zu verstehen, dass im Talmud der Niedergang von Regen für „gleichwertig mit der Auferstehung der Toten“ gehalten wurde; das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als dass den Vertretern dieser Auffassung das „Leben jenseits des Lebens“ zu einem Gleichnis wurde. Ja, es gab Lehrer, die gingen noch weiter und stellten den Niedergang von Regen an die Spitze aller Güter und machten so eine besondere Verbundenheit aller Menschen deutlich. Ein Beispiel: Von Rabbi Jehoschua ben Qarcha, einem der letzten Lehrer der Zeit der hadrianischen Verfolgungen, wird erzählt, dass ihn ein Heide fragte, ob – da doch alle Feste Israels verschieden seien von denen der Heiden – kein Raum zu gemeinsamer Freude sei. Oh doch, antwortete der Rabbi: „Beim Niedergang von Regen“ (BerR 13,6). Rabbi Abbahu, der mit den Christen in Caesarea zu tun hatte, brachte es so auf den Punkt: „Größer ist der Regentag als die Totenauferstehung, denn die Totenauferstehung ist nur für die Gerechten, der Regen aber für Gerechte und Frevler!“ (Tan 7 a). Das menschliche Bedürfnis nach Wasser brachte in jeder Generation dieser jüdischen Gelehrten ein Verständnis von Solidarität mit sich.

Beachtung regionaler Unterschiede

Im wasserarmen Land Israel, aber auch in Babylon wurde das Gebet um Regen früh Teil der jüdischen Liturgie; die entsprechende Formel ist im heutigen Wortlaut bereits um 70 v.u.Z. nachweisbar. Es handelt sich um den zweiten Segensspruch im Achtzehn-Bitten-Gebet, dem Mittelpunkt jedes jüdischen Gottesdienstes; dabei werden vom Winterbeginn an – vom Ausgang des Laubhüttenfests, dem Schlussfest, das dieses Jahr auf den 1. Oktober fiel – bis zum ersten Tag Pessach im Frühjahr folgende Worte eingefügt: *Maschiw ha-ruach umorid ha-geschem*, „Du lässt den Wind wehen und den Regen fallen.“

Im Gottesdienst am Schlussfest (auf Hebräisch *Schmeni Azeret*, „Tag der Versammlung“) wird dem Gebet um Regen ein *Pijut* vorangestellt, ein Stück poetische Liturgie. Die bekannteste Version stammt vom Dichter Eleasar Kalir, einem Meister der liturgischen Poesie, der im 7. Jahrhundert u.Z. gelebt haben dürfte. Sein sechsstrophiges Gedicht, ein kunstvolles Akrostichon, beschreibt die Bedeutung des Regens in der Natur und in der Geschichte des Volkes Israels. Benannt ist es nach seinen Anfangsworten: *Af-Bri*.

Af-Bri ist der Name des Regenengels, der eine Schöpfung des Dichters Kalir sein dürfte; die hebräische Wortkombination, die seinen Namen ausmacht, findet sich allerdings schon im Buch Hiob, Kapitel 37,11. Die deutschsprachige Übersetzung dieses Verses lautet: „Dann belädt er mit Feuchtigkeit die Wolken, streut umher seine Feuerwolken.“ Die Bamberger Rabbinerin Yael Deusel erklärt dazu: „Und so, wie man im Schma Israel-Gebet zwischen Früh- und Spätregen unterscheidet, so kennt das Gebet um Regen den heftigen Wolkenbruch und den sanften Landregen: Der eine kommt herunter wie der Zorn – auf Hebräisch *Af* – des Himmels. Der andere tränkt stetig und zuverlässig die Felder und dient dem Land zum Segen und zum gesunden Gedeihen – auf Hebräisch *Bri*. Darum trägt der Regenengel den Namen *Af-Bri*; er formt in der jüdischen Tradition die Wolken und öffnet deren Schleusen nach dem Geheiß des Ewigen.“ Das Hauptthema dieses Gebetes um Regen ist *Zechut Awot*, „das Verdienst der Väter”. Der Dichter lässt das jüdische Volk um Regen und Erhaltung bitten, indem es nicht die eigenen Verdienste vorbringt, sondern die seiner Vorfahren Abraham, Isaak und Jakob, Mose und Aaron sowie der zwölf Stämme Israels. Die Verse haben bald Eingang in die jüdischen Gebetbücher gefunden. Ein schönes Beispiel dafür stammt aus der Bodenseeregion, wo die hebräische Handschrift um 1332 von christlichen Künstlern unter jüdischer Anleitung illuminiert wurde. Dabei typisch ist die Serie von Medaillons mit den Tierkreiszeichen, die die *Pijutim* mit Gebeten für Tau und Regen begleiten und den Wechsel der Jahreszeiten mit den Sternzeichen für die zwölf Monate versinnbildlichen.

Die Tage des Laubhüttenfestes gelten noch als Tage des göttlichen Gerichts. Der Vorbeter oder die Vorbeterin stimmen diese Verse in einem feierlichen Duktus an, der an die Hohen Feiertage erinnert, und tragen dabei traditionell wie zu Jom Kippur einen weißen Kittel, einen Übermantel ohne Taschen; Weiß symbolisiert im Judentum sowohl Reinheit als auch Heiligkeit.

Das Gedeihen der neuen Saat hängt im Orient vom reichlichen Herbstregen ab, daher beten wir das Winterhalbjahr über im täglichen Gebet um Regen. Schon in der Antike wurde damit aber je nach Bedarf des Landes im damaligen Palästina und in Babylonien zu verschiedenen Zeiten begonnen. Im Sommerhalbjahr wird stattdessen um Tau gebetet. Die Unangemessenheit dieser Zeiteinteilung für die jüdische Diaspora mit ihren anderen klimatischen Bedingungen sah bereits der Gelehrte Ascher ben Jechiel (1250–1337) ein, der aus dem Rheinland stammte und in Toledo starb. Er befand, man müsse zu anderen Zeiten um Regen bitten als im Land Israel, und zwar im Frühsommer, und sah sich darin durch das jüdische Brauchtum in der Provence bestätigt. Tatsächlich haben sich beim Beten für Regen beziehungsweise Tau über die Jahrhunderte hinweg in Deutschland und Polen andere Bräuche als in Italien und Spanien ausgeprägt; an der Tradition, die sich auf den Orient bezog, wurde aber grundsätzlich festgehalten. Im 19. Jahrhundert stieß dies in Deutschland schließlich auf mehr und mehr Unverständnis. So bemerkte Emanuel Hecht 1865: „Es ward und wird oft noch jetzt um Tau und Regen gebeten, wo wir heißen Sonnenscheins bedürfen.“

Rabbiner Abraham Geiger (1810-1874) ging ausführlich auf die Ungehörigkeit ein, Gebete für Tau und Regen, die für Palästina eine Berechtigung gehabt hätten, auf unser nordisches Klima zu übertragen. Für ihn war die Praxis der jüdischen Gemeinschaft in Babylonien eine positive Alternative: im Gegensatz zur „Gedankenlosigkeit einer späteren Zeit, die im religiösen Leben und selbst im Gebete bloß an Palästina denkt, arbeiteten die Babylonier an ihrer Unabhängigkeitserklärung; sie beteten für die Fruchtbarkeit ihres Landes, nicht Palästinas; sie beachteten ihre Regenzeit, wenn deren Eintritt für ihr Land notwendig sei, nicht wann für Palästina, und begannen zu dieser Zeit, nicht zu jener, welche für Palästina vorgeschrieben war, die Bitte um Regen.“

Heutzutage verwenden liberale Juden und Jüdinnen beispielsweise diese Worte: „Segne uns, Ewiger, unser Gott, dieses Jahr /und allen seinen Ertrag zum Guten. Gib Tau und Regen zum Segen auf die Oberfläche der Erde /und sättige uns mit deinen Wohltaten.“ Dazu Rabbinerin Yael Deusel: „In heutigen Gebetbüchern werden die Gebete um Regen und Tau, *Tefillat Ha-Geschem* und *Tefillat Ha-Tal*, zu einem großen Teil sehr verkürzt dargestellt. Eine Ausnahme bildet das israelische Reform-Gebetbuch, in dem beide Gebete zu Pessach beziehungsweise *Schemini Azeret* ausführlich enthalten sind, sicherlich aufgrund der klimatischen Gegebenheiten im Land beziehungsweise Staat Israel, die hier zum Tragen kommen und nicht nur die Erinnerung an das frühere Israel als einstiger Wohnstätte wachrufen sollen.“ Was uns alle verbindet, ist der Respekt vor endlichen Ressourcen und vor der Natur sowie die Hoffnung auf bessere Zeiten. ■

British Library London

Medaillon mit Wassermann-Motiv aus einem Gebetbuch vom Bodensee, um 1332

> **Er bedeckt den Himmel mit Wolken, er spendet der Erde Regen, er lässt Gras auf den Bergen sprießen**
>
> Psalm 147,8

Public Domain

Für den gemeinschaftlichen Fortschritt zum Besseren

Zum 250. Geburtstag des Reformers Israel Jacobson

Das Palais Itzig in der Burgstraße 25: ab 1814 Jacobsons Wohnsitz in Berlin

Landesarchiv Berlin

Von Hartmut Bomhoff

Am Berliner Spreepalais in der Burgstraße erinnert eine Gedenktafel an Israel Jacobson (1768–1828). Der Wegbereiter jüdischer Emanzipation erneuerte das jüdische Schulwesen, errichtete 1810 in Seesen die weltweit erste Reformsynagoge und führte 1815 in Berlin liberale Gottesdienste ein. Am 17. Oktober jährt sich sein Geburtstag zum 250. Mal.

Der Frankfurter Rabbiner Caesar Seligmann charakterisiert Jacobson in seiner Geschichte der jüdischen Reformbewegung 1922 so: „Kein Mann von großem theologischem Wissen und tiefer Allgemeinbildung, dafür aber ein Organisator voll rascher, zielbewusster Tatkraft und großer praktischer Klugheit, ein Führer des Judentums in einer Zeit, der es an großen Führern fehlte.“

Der Braunschweiger Unternehmer Jacobson hatte 1810 Furore gemacht, als er in Seesen am Harz seinen repräsentativen Synagogenbau eröffnete; er wollte mit Architektur und Liturgie darstellen, dass der jüdische Gottesdienst dem christlichen in jeder Weise ebenbürtig ist. Der Spruch aus dem biblischen Buch Maleachi, der über dem Nordportal der Seesener Synagoge prangte, war Programm für den „gemeinschaftlichen Fortschritt zum Besseren“: „Haben wir nicht alle einen Vater? Hat uns nicht ein Gott geschaffen?“

In den Jahren zuvor hatte sich der Kammeragent und Finanzrat Israel Jacobson für die Abschaffung des Judenleibzolls in den deutschen Ländern eingesetzt. Als Präsident des Konsistoriums der Israeliten in Kassel, als den ihn König Jérôme 1808 in Westphalen eingesetzt hatte, war es dem Bankier möglich, seine Ideale von einer religiösen Reform und von der kulturellen Angleichung des Judentums an seine Umgebung umzusetzen. Die Seesener Feierstunde mit Chorgesang, Orgelbegleitung und Ansprachen auf Deutsch gilt heute als der erste jüdische Reformgottesdienst schlechthin.

„Das Fest war originell und einzig in seiner Art“, beschrieb ein zeitgenössischer Beobachter diese Feierstunde. Der Verlauf des Gottesdienstes ist genau dokumentiert. Der Historiker Isaak Markus Jost (1793–1860) berichtete als Augenzeuge: „Die Einweihung, zu welcher eine Unzahl neugieriger oder eingeladener Staatsmänner, Gelehrter, Künstler, Geistlicher und Schulmänner, Rabbiner und Lehrer herbeiströmte, machte einen unbeschreiblichen Eindruck, und namentlich auf die christlichen Gäste, von denen mehrere voller Begeisterung ihren Gefühlen in deutschen, lateinischen und hebräischen Gesängen Luft machten. Man knüpfte an diesen Vorgang große Erwartungen.“

Dekorum und Verständlichkeit

Jost, der wie Jacobson aus einer traditionell ausgerichteten jüdischen Familie stammte, erklärte auch, warum die Reform so großen Anklang fand. Der herkömmliche Gottesdienst, so Jost, „gewährte keine Andacht, keine Augenweide, keine Herzenslabung; die Gebräuche starr, die Töne betäubend, das Gebet kalt, herzlos, leere Gewohnheit, der Anblick betrübend.“ Die Veränderungen, die Jacobson einführte, waren eher moderat und für radikalere Reformer wie David Friedländer in Berlin nur unzureichend. Die Seesener Neuerungen betrafen Dekorum, Ästhetik und Verständlichkeit, nicht aber die große Theologie. Die war Sache der nächsten Generation, namentlich von Rabbiner Abraham Geiger.

Im Seesener Tempel führte Jacobson erstmals deutsche Predigt und deutschen Gesang im Wechsel mit hebräischen Liederversen bei Orgelbegleitung ein. Unverständliche *Pijutim*, poetische Einschaltungen aus dem Mittelalter, wurden aus der Liturgie gestrichen und deutschsprachige Gebete neben den hebräischen gesprochen. Eine weiteres Novum war die Konfirmation für Jungen und Mädchen. Jacobson förderte auch den historisch-kritischen Zugang zum jüdischen Schrifttum, als er zwischen dem ewig Religiösem und dem vergänglich Nationalen in der jüdischen Überlieferung unterschied.

Braunschweigisches Landesmuseum

Tränen der Andacht

Als Jacobson nach dem Ende des Königreichs Westphalen 1814 nach Berlin wechselte, bezog er Wohnräume im Palais Itzig in der Burgstraße 25, wo er liberal ausgerichtete Privatgottesdienste für bis zu 400 Beter hielt. Der Anklang war so groß, dass man zu den Hohen Feiertagen bald in den Saal des Hauses von Jakob Beer umziehen musste, dem Vater des Komponisten Giacomo Meyerbeer, wo es Platz für bis zu 1000 Personen gab. Leopold Zunz berichtete 1815: „Gestern war ich in Jacobsons Synagoge. Menschen, die 20 Jahre keine Gemeinschaft mit Juden hatten, verbrachten dort den ganzen Tag: Männer, die über die religiöse Rührung schon erhaben zu sein glaubten, vergossen Tränen der Andacht; der größte Teil der jungen Leute fastete.“ Die Reformen machten Schule; der Historiker Ismar Elbogen bezeichnete Israel Jacobson später als den „Vater des Konfessionalismus innerhalb des Judentums“, und tatsächlich hat sich in Folge seiner Neuerungen ein breites Spektrum jüdischer religiöser Richtungen ausgebildet, das die moderne Orthodoxie auf der einen Seite sowie das liberale Judentum auf der anderen Seite umfasst. ■

> **Von allen meinen Braunschweiger Bekannten hat nur einer wirklich Geist, nämlich Jacobson**
>
> Stendhal, 1808

Vom 9.– 11. Oktober widmet sich die internationale Konferenz Jews and Citizens – Juden und Bürger *an der Technischen Universität Braunschweig Israel Jacobsons Lebenswerk und seiner Wirkung*